

Ausschuss für Kultur und Medien
Wortprotokoll*
74. Sitzung

Berlin, den 04.03.2009, 16:00 Uhr
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus E.300
Konrad-Adenauer-Str. 1
10557 Berlin
Sitzungssaal: E.300

Vorsitz: Hans-Joachim Otto, MdB

TAGESORDNUNG:

Einzigster Punkt der Tagesordnung S. 4

Expertengespräch "Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise für die Kultur in Deutschland"

Expertinnen und Experten

Klaus Hebborn, Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, Deutscher Städtetag

Dr. Wilhelm Krull, Vorstandsvorsitzender Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V.

Barbara Lison, Präsidentin Bibliothek & Information Deutschland (BID)

Michael Roßnagl, Vorsitzender Arbeitskreis Kultursponsoring, Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Toni Schmid, Vorsitzender des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz (KMK), Ministerialdirigent Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e.V.

* Redaktionell überarbeitete Bandabschrift

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

CDU/CSU

Börnsen (Bönstrup), Wolfgang
Connemann, Gitta
Grindel, Reinhard
Grütters, Monika

Pawelski, Rita

SPD

Ehrmann, Siegmund
Griefahn, Monika
Krüger-Leißner, Angelika
Pries, Christoph
Tauss, Jörg
Thierse, Dr. h.c., Wolfgang

Roth (Heringen), Michael

FDP

Otto, Hans-Joachim

Winterstein, Claudia, Dr.

DIE LINKE.

Jochimsen, Lukrezia, Dr.
Sitte, Petra, Dr.

B90/GRUENE

Göring-Eckardt, Katrin
Kurth, Undine

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Bundesregierung

Gehrke	BKM
Wemmel	BKM
Klucke	AA
Köhr	BKM

Bundesrat

Osterkamp	LV Bayern
Mysegades	LV Niedersachsen

Fraktionen und Gruppen

Scheele	DIE LINKE.
Leberl	CDU/CSU
Kannapin	DIE LINKE.
Göllnitz	FDP
Mühlberg	DIE LINKE.
Friebel	SPD
Fischer	B 90/Grüne
Ehrke	B 90/Grüne
Stransky	CDU/CSU

Tagesordnungspunkt:

Expertengespräch "Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise für die Kultur in Deutschland"

Vorsitzender: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie herzlich zur heutigen öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien begrüßen. Es ist die 74. Sitzung. Wir haben offenbar ein sehr drängendes, ein sehr aktuelles Thema gewählt: Die Wirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Kultur in Deutschland. Das zeigt sich sowohl an dem großen Interesse der Besucherinnen und Besucher, die ich alle sehr herzlich begrüßen möchte, als auch am Interesse der Medien. Das Parlamentsfernsehen überträgt unmittelbar, darüber freuen wir uns natürlich sehr. Und insbesondere freuen wir uns, dass uns sechs sehr renommierte, profilierte Sachverständige zur Verfügung stehen, um uns ihre Erkenntnisse zu diesem Thema zu vermitteln. Ich darf Sie in alphabetischer Reihenfolge begrüßen:

Klaus Hebborn ist Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport des Deutschen Städtetages. Er vertritt die Kommunen und heute hier die großen Städte ebenso wie die kleinen Gemeinden. Klaus Hebborn ist den Abgeordneten außerdem als Mitglied des Stiftungsrates der Bundeskulturstiftung bekannt. Dort haben wir die Freude, gemeinsam für die Kultur wirken zu können. Herzlich willkommen, Herr Hebborn!

Als nächstes darf ich Herrn Dr. Wilhelm Krull sehr herzlich begrüßen. Er bringt die Sicht der zahlreichen Stiftungen ein, die ja auch existenziell für die Kulturförderung sind. Herr Dr. Krull ist Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen e. V. und engagiert sich darüber hinaus auf der europäischen Ebene im European Foundation Centre. Hauptberuflich ist er seit vielen Jahren Generalsekretär der Volkswagenstiftung in Hannover. Lieber Herr Dr. Krull, herzlich willkommen!

Als nächste begrüßen wir Barbara Lison, die Präsidentin der Bundesvereinigung Bibliothek und Information Deutschland (BID). Sie ist leitende Bibliotheksdirektorin der Stadtbibliothek Bremen und engagiert sich ebenfalls über die nationale Ebene hinaus in internationalen Organisationen. So ist sie beispielsweise Vizepräsidentin des Europäischen Dachverbandes der nationalen Bibliotheksverbände. Herzlich willkommen, Frau Lison!

Dann kommt mit Michael Roßnagl die Geberseite ins Spiel. Interessant ist sein Ausbildungsgang. Er hat zunächst Sologesang und Regie studiert und sich danach mit dem Kulturmanagement befasst. Er hat schon die Geschäfte eines Orchesters geführt und für den Deutschen Musikrat gearbeitet. Seit 1992 leitet er das Siemens Arts Program und ist Geschäftsführer der Ernst von Siemens Musikstiftung. Eingeladen ist er heute in seiner Funktion als Vorsitzender des Arbeitskreises Kultursponsoring beim Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie. Lieber Herr Roßnagl, auch Sie sind uns herzlich willkommen!

Jetzt kommt – es geht um ein föderales Thema – die Länderseite ins Spiel, nachdem wir die kommunale Seite schon begrüßen konnten. Toni Schmid ist Ministerialdirigent im bayrischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Er vertritt heute die Sicht der Länder, die neben den

Kommunen die wichtigsten Akteure für die öffentliche Kulturförderung sind. Das will ich betonen, wir sind uns hier immer dessen bewusst, dass die Länder den Hut aufhaben. Deswegen war es völlig klar, dass wir die Länder hier haben wollten. Sie, Herr Schmid, sind in Ihrer Funktion als Vorsitzender des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz (KMK) eingeladen. Lieber Herr Schmid, herzlich willkommen!

Last but not least ein ständiger lieber Gast, den sicherlich alle Anwesenden kennen. Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats. Der Kulturrat organisiert als Dachverband in acht Sektionen über 220 Einzelkulturverbände. Als Geschäftsführer dieses sehr breit aufgestellten Spitzenverbandes kennt Herr Zimmermann die Sorgen und Nöte derjenigen, die sich in der Zivilgesellschaft für Kunst und Kultur engagieren. Und fast alle von Ihnen kennen ihn auch als sachverständiges Mitglied in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“. Lieber Herr Zimmermann, auch Sie sind uns ganz herzlich willkommen!

Es ist meine Aufgabe als Vorsitzender, eingangs noch einige kurze Bemerkungen zum Ablauf dieses Expertengesprächs zu machen. Dazu gibt es Vereinbarungen der Obleute, denen der Ausschuss zugestimmt hat. Ich darf zunächst darauf hinweisen, dass alle Sachverständigen vorab einen Fragenkatalog bekommen haben. Vier der sechs Sachverständigen sind auch dazu gekommen, uns schriftlich Antworten zu geben. Diese schriftlichen Stellungnahmen liegen aus. Ich darf Sie bitten, sich zu bedienen und diese Papiere zur Hand zu nehmen. Deswegen haben wir, um Zeit zu sparen, beschlossen, dass wir keine Eingangsbemerkungen abrufen wollen, sondern der Ausschuss unmittelbar mit der Befragung der Sachverständigen beginnt. Dieses Verfahren hat sich bewährt.

Bewährt hat sich auch, dass wir für die Befragung Zeitkontingente zuordnen, die sich an der Größe der Fraktionen orientieren. Ich nenne Ihnen gleich die zeitlichen Kontingente. Das klingt wahnsinnig bürokratisch, führt aber dazu, dass das Gespräch lebendiger wird. Ich bitte daher die Sachverständigen um Verständnis. Bei diesen Zeitkontingenten, und das haben Sie bitte im Auge, wird nicht nur die Fragezeit der jeweiligen Fraktion angerechnet, sondern auch die Antwortzeit, so dass wir Sie bitten möchten, im Interesse der Fraktionen, aber natürlich auch im Interesse der Verständlichkeit insgesamt, sehr prägnant auf die gestellten Fragen zu antworten.

Es wird, darauf möchte ich vorsorglich hinweisen, ein Protokoll erstellt, das im Internet veröffentlicht wird. Ich hoffe, dass das auch in Ihrem Interesse ist, aber es ist meine Pflicht, Sie darauf hinzuweisen. Zudem werden wir ins Internet alle eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen einstellen, d. h. also, es ist gewährleistet, dass auch die, die heute nicht an der Sitzung teilnehmen können, auf diesem Weg einen Teil der Erkenntnisse aufnehmen können. Das ist uns sehr wichtig.

So, jetzt zu den Zeitkontingenten. Wir werden zwei Fragerunden absolvieren, eine Fragerunde mit 60 Minuten und eine zweite Fragerunde mit 30 Minuten. So bleibt am Ende ein bisschen Zeit als Reserve übrig. Bei 60 Minuten entfallen auf die beiden großen Fraktionen jeweils 19 Minuten Frage- und Antwortzeit, auf die FDP-Fraktion 8 Minuten und auf DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 7 Minuten. Bei 30 Minuten sind es für CDU/CSU 10 Minuten, für die SPD 9, für die FDP und DIE

LINKE. 4 Minuten und für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 3 Minuten. Falls es keine Fragen zum Verfahren gibt und alle einverstanden sind – das scheint der Fall zu sein –, dann darf ich zunächst der CDU/CSU-Fraktion das Wort erteilen. Wer beginnt? Die ehemalige Vorsitzende der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Frau Kollegin Connemann, bitte schön.

Abg. Gitta Connemann (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen, liebe Frau Lison, meine Herren. Wie ein roter Faden zog sich durch die uns vorliegenden Stellungnahmen, dass die Aussagen, die Sie treffen müssen, natürlich ein Stück weit spekulativ sind, da sich die Auswirkungen der Krise mit Ausnahme der Automobilindustrie in den anderen, kleineren Bereichen noch nicht unmittelbar zeigen und letztlich keiner weiß, wann die Krise wen und insbesondere wie lange erreichen wird. Gerade für die Haushaltssicherheit wird es entscheidend sein – was auch in allen schriftlichen Stellungnahmen betont worden ist –, wie lange die Krise dauern und wie sie sich letztlich auf die weitere Finanzierung durch die öffentlichen Hände auswirken wird.

Es gab schon den einen oder anderen Warnhinweis. Ich denke da an den ehemaligen Enquete-Kommissions-Kollegen Olaf Zimmermann, der von der Ruhe vor dem Sturm sprach, also schon eine gewisse Problematik erkennt, oder auch an Herrn Roßnagl, der darauf hingewiesen hat, dass die Spenden in nicht unerheblichem Maße rückläufig sind. Uns ist klar, dass es Ihnen an validen Daten fehlen muss. Auch wenn der Bundesverband der Stiftungen schon im Einzelnen Zahlen aufgezeigt hat, können Sie natürlich nicht unmittelbar sagen, was rückläufig ist. Aber es gibt sicherlich Stimmungen und allgemeine Voraussagen – wie in den Stellungnahmen jeweils herausgestellt worden ist –, dass es nicht nur um staatliche Kulturförderung geht, sondern insbesondere um die Marktteilnahme. Es war ein Ergebnis der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, dass staatliche Kulturfinanzierung außerordentlich wichtig ist, aber der größte Kulturfinanzierer in Deutschland der Bürger als Marktteilnehmer ist. Hinzu kommt er als Spender und dann natürlich als Steuerzahler über die Kulturfinanzierung.

Meine Fragen an Sie sind zunächst allgemein. Es sind einzelne Bereiche in einzelnen Stellungnahmen besonders angesprochen worden. Herr Zimmermann spricht insbesondere das Thema bildende Kunst an, aber auch das Thema Museen oder Bibliotheken. An alle, die sich zur Beantwortung berufen fühlen, richtet sich folgende Frage: Sind aus Ihrer Sicht einzelne Kulturbereiche in unterschiedlichem Maße von möglicherweise sinkendem privatem Engagement betroffen, und wie ließe sich dort gegensteuern? Sehen Sie die Gefahr, dass weniger werdende Fördergelder verstärkt in Kulturevents bzw. in andere Bereiche als kulturelle Bildung oder Breitenarbeit investiert werden? Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hatte im Einzelnen dezidiert darauf hingewiesen, dass gerade der Zugang zu kulturellen Bildungseinrichtungen rückläufig sein könnte.

Was den Bereich der Kultur- und Kreativwirtschaft angeht, würde uns die Befürchtung interessieren – es ist in der einen oder anderen Stellungnahme angeklungen –, dass gerade dieser Bereich überproportional von Schwankungen betroffen sein wird. Wir hatten bereits in der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ festgestellt, dass dieser Bereich ohnehin besondere Schwierigkeiten mit der Fi-

nanzierung, aber auch mit der Darlehensaufnahme, Darlehensgewährung und dem Zugang zu Kreditmitteln hat. Wird sich das verschärft in diesem Bereich auswirken, wie könnten wir dort auch öffentlich seitens des Bundes und der Länder gegensteuern?

Vorsitzender: Frau Connemann, möchten Sie nicht erst einmal Antworten einholen? Das ist vielleicht sinnvoll, damit Ihre Fragen nicht verlorengehen. Sie haben ja später noch Zeit, weitere Fragen zu formulieren. An wen richten sich die Fragen konkret?

Abg. Gitta Connemann (CDU/CSU): Da wir zwei Experten haben, die keine Stellungnahme abgegeben haben, richtet sich die Frage zunächst an sie und im Übrigen an alle, soweit Sie sich berufen fühlen.

Vorsitzender: Gut. Ladies first, Frau Lison, bitte.

Barbara Lison (Präsidentin Bibliothek & Information Deutschland, BID): Die Frage der privaten Unterstützung von Bibliotheken ist vielleicht auf den ersten Blick nicht ganz so relevant. Gerade bei wissenschaftlichen Bibliotheken jedoch, insbesondere in den Ländern, bei Bibliotheken, die das kulturelle Erbe verwalten, spielen private Gelder schon eine große Rolle beim Ankauf, aber auch bei Restaurierungen von bestimmten Beständen. Und hier sehen meine Kolleginnen und Kollegen, die ich jetzt noch so kurzfristig befragen konnte, die Gefahr, dass die Kontinuität im Erwerb einen Bruch erleiden könnte. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt. Das kulturelle Erbe in den Bibliotheken wird ganz stark über Sponsoring und Mäzenatentum gefördert. So werden zum Beispiel die Restaurierungen in der Hamburger Staats- und Universitätsbibliothek ganz stark über bürgerschaftliches Engagement, aber auch durch das Großbürgertum in Hamburg gefördert. Dass es da rückläufige Tendenzen geben kann, wird stark befürchtet.

Die Einrichtungen der kulturellen Bildung, das sind im Wesentlichen die kommunalen Bibliotheken, die Stadtbibliotheken, betrachten das Ganze eigentlich mit zwei Herzen. Mit dem einen Herzen hoffen sie auf das Konjunkturprogramm II, dass Investitionen, die auch ausdrücklich zum Beispiel vom Städtetag empfohlen wurden, in Stadt- und Stadtteilbibliotheken getätigt werden können. In dem Moment – und da kommt das zweite Herz ins Spiel –, wenn es sich nicht nur um Folgekosten, sondern um Dauerkosten und Kosten für Erwerbungssetats handelt, sind natürlich gerade wieder die freiwilligen Aufgaben durch Einsparmaßnahmen gefährdet.

Diejenigen von Ihnen, die in der Enquete-Kommission waren, haben ja die Freiwilligkeit von Bibliotheken gerade als Einrichtungen der kulturellen Bildung infrage gestellt und gesagt, es sollte auch hinsichtlich der Finanzausstattung oder zumindest hinsichtlich der zu erbringenden Standards eine rechtliche Absicherung dieser Institution geben. Da wird es sicherlich eng und gefährlich werden. Aufgrund der Tatsache, dass Bibliotheken keine Eventkultur sind, zwar hin und wieder eine Veranstaltung machen, aber eben ein kontinuierliches Angebot sein müssen und ohne die Kontinuität in ihrer Dienstleistungsqualität gefährdet sind, könnte ich mir vorstellen, dass es da Probleme geben kann.

Das vielleicht erst einmal zu Ihren Eingangsfragen, Frau Connemann.

Vorsitzender: Ich gebe jetzt die Frage an Herrn Schmid weiter.

Toni Schmid (Ministerialdirigent Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Vorsitzender des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz, KMK): Die Frage, ob Einzelne besonders von sinkendem privatem Engagement betroffen sind, kann man schon einigermaßen beantworten, auch wenn alles, was wir hier im Moment sagen, natürlich für den staatlichen Bereich spekulativ ist. Wenn wir uns anschauen, wo sich denn das private Engagement in erster Linie abspielt, so ist es eher weniger im institutionellen Bereich der Fall, das heißt, privates Geld geht weniger in die institutionelle Kulturförderung. Es geht vielmehr dorthin, wo es um Projekte, um Events und ähnliches geht. Dort werden wir sicherlich auch als erstes zurückgehende Finanzen spüren. Das ist ganz klar.

Wenn ich jetzt von uns in Bayern ausgehe, werden wir die Krise natürlich dort spüren, wo es besonders von privatem Geld angezogene Glamauevents gibt. Sie werden als erstes richtig merken, dass das Geld weniger wird. Die institutionelle Förderung ist zunächst einmal noch nicht betroffen. Wir haben im Dezember unsere Haushaltsverhandlungen abgeschlossen. Das ist alles noch ganz normal mit den üblichen leichten Zuwächsen, wie sie die meisten Länder momentan haben. Da ist noch nichts spürbar, aber im Bereich der Events und der Projektförderung werden wir als erstes Probleme bekommen.

Abg. Gitta Connemann (CDU/CSU): Ich möchte auch Ihnen die Gelegenheit geben, sich zu äußern, weil ich sehr allgemeine Fragen angesprochen habe, Herr Hebborn, Herr Krull.

Vorsitzender: Herr Hebborn als Erster, bitte.

Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, Deutscher Städtetag): Vielen Dank. Die Fragen waren ja insgesamt aufgeteilt in drei Komplexe, also besonders betroffene Bereiche. Da sehen wir durchaus schon den Bereich der kulturellen Bildung besonders gefährdet, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen, weil er im Aufgabenspektrum der Kommunen zu den rechtlich freiwilligen Aufgaben gehört und wenn es um Sparbemühungen aufgrund von Rückgängen im Bereich der öffentlichen oder Kommunalhaushalte geht, von daher natürlich immer Gefahr läuft, besonders betroffen zu sein. Das ist das eine. Das andere ist, dass wir von der Seite der Nutzer durchaus auch die Gefahr sehen, dass in Fällen, wo die privaten Haushalte sparen müssen, auch die entsprechenden Angebote dieser Einrichtungen nicht mehr wahrgenommen werden. Da ist auch eine bestimmte Gebührenquote dabei.

Insofern müssen wir uns als Kommune überlegen, wie wir die allgemeine Zugänglichkeit weiterhin sicherstellen. Das kann man eigentlich nur über Ermäßigungen oder zum Teil auch über ganz freie An-

gebote für bestimmte Gruppen. Das wird dann die Kommunalhaushalte stärker belasten. Man kann in gewisser Weise durch das Konjunkturprogramm gegensteuern, was Frau Lison angesprochen hat. Allerdings möchte ich an der Stelle noch einmal sehr deutlich sagen, dass wir vor allen Dingen mehr Klarheit brauchen, was die derzeitigen Durchführungsbestimmungen angeht, damit die Förderung tatsächlich im Bereich der Kultur wirksam werden kann. Das betrifft insbesondere die Auslegung des Artikels 104 b Grundgesetz (GG), der doch sehr stark reglementiert, wofür man das Geld ausgeben kann.

Eine zweite Frage ging in Richtung Sponsoren. Wenn man sich die Kulturförderung insgesamt anschaut und sie mit etwa 8 Mrd. Euro oder 8,3 Mrd. Euro beziffert, dann sieht man, dass es ungefähr 600 Mio. Euro Sponsorengelder gibt. Insofern kann man sagen, dass die Finanzierung der Kultur in Deutschland selbst bei einem Rückgang dieser Sponsorengelder nicht in Gefahr geraten wird. Allerdings sehen wir aus der kommunalen Perspektive hier dennoch gewisse Gefahren, weil nämlich der klassische private Förderer der kommunalen Kultur, die kommunalen Sparkassen, auch in Schwierigkeiten geraten, und zwar nicht in der aktuellen Finanzkrise, wo sie eigentlich ganz gut aufgestellt sind, sondern in Bezug auf die Problematik der Landesbanken. Wenn hier noch größere Belastungen kommen werden – und das ist ein ganz offener Bereich –, dann werden die kommunalen Sparkassen ihre Kulturförderung zwangsläufig zurückfahren müssen. Das wird die kommunale Kultur spüren. Ich sage das auch deshalb, weil die kommunalen Sparkassen weniger als andere Sponsoren Projekte fördern, sondern vielfach institutionell oder auf Dauer fördern.

Eine letzte kurze Bemerkung zur Kulturwirtschaft. Ich glaube, dass auch die immer bedeutsamer werdende Kulturwirtschaft vor Ort besonders betroffen sein wird, weil wir wissen, dass diese strukturell gesehen in der Regel aus sehr kleinen Unternehmen besteht und diese Unternehmen Probleme haben, am Kapitalmarkt Kredite zu bekommen. Ich glaube, dass diese Gruppe besonders betroffen sein wird. Hier müssen wir überlegen, wie wir im Zusammenwirken mit den Ländern in den Kommunen einiges zur Unterstützung tun können. Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Hebborn. Dann darf ich Herrn Dr. Krull bitten, auf die Fragen von Frau Connemann einzugehen.

Dr. Wilhelm Krull (Vorstandsvorsitzender Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Da wir in der schriftlichen Stellungnahme bereits deutlich gemacht haben, wie vielfältig der Stiftungssektor ist, möchte ich darauf jetzt nicht im Einzelnen eingehen. Ich glaube, dass es für die Diskussion ganz wichtig wäre zu unterscheiden, zwischen dem, was kurzfristig anliegt, und dem, wie sich diese Bereiche mittelfristig entwickeln. Und da haben Sie natürlich recht, Frau Connemann, das ist in gewisser Weise spekulativ, aber man kann jedenfalls für den Stiftungssektor sagen, dass 2009 die Dinge, auch weil die Ertragslage in 2008 noch sehr gut war, eigentlich sehr stabil sind. Da gibt es zwar hier und da einzelne Indikatoren, die auf Rückgänge hindeuten, aber im Wesentlichen sind die Stiftungen hier ein verlässlicher Partner. Meine eigene Stiftung beispielsweise wird kein einziges Projekt auch nur in irgendeiner Weise begrenzen oder Ähnliches tun, sondern es wird alles

so laufen, wie es notwendig ist.

Die Frage, ob nicht ein Schwenk hin zu Events stattfindet, würde ich so beantworten, dass das leider, leider schon seit Jahren der Fall ist. Das ist ein ganz großes Problem, dass wir an ganz vielen Stellen bereits prekäre Finanzierungen haben. Nehmen Sie nur einmal die kleineren und mittelgroßen Musikfestivals, von denen ganz klar ist, dass sie jetzt am meisten bedroht sind.

Ich kann Ihnen auch aus meiner ehrenamtlichen Tätigkeit berichten – ob das nun die Händel-Festspiele in Göttingen sind oder das Usedomer Musikfestival –, dass solche Bereiche, die durch viele kleine Beträge finanziert werden, wirklich sehr gefährdet sind. Natürlich wird das nicht 2009 der Fall sein, da ist alles durch die vorherigen Absprachen gesichert, aber 2010, 2011, 2012. Darauf müssen wir den Blick lenken und fragen, ob man nicht hier durch gemeinsame Maßnahmen und in konzertierter Aktion Dinge zumindest in ihren Kernbereichen stabilisieren kann. Ich weiß nicht, ob die Länder das begrüßen würden, aber an und für sich halte ich das durchaus für einen erwägenswerten Schritt. Das heißt ja nicht, dass man alles in gleicher Weise fortsetzen muss, aber ich denke, dass hier ein wichtiger Bereich ist.

Meine Stiftung hat in dem Kontext ihren wissenschaftsfördernden Auftrag bereits seit zwei Jahren sehr weit gedehnt, indem wir ein größeres Programm „Forschung in Museen“ anbieten. Dabei geht es gerade darum, mittlere und kleinere Museen, also kommunale und Landesmuseen, darin zu unterstützen, dass sie in der Forschung vorankommen können. Ich glaube, dass das ein wichtiger Bereich ist. Ebenso könnte man in bestimmten Feldern Vorhaben, die von Stiftungen und anderen bereits auf den Weg gebracht worden sind oder momentan auf Eis liegende Pläne, zum Beispiel für Museumsausbauten, im Konjunkturprogramm gegebenenfalls auch in der Partnerschaft geschickt öffnen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Es bleiben jetzt noch knapp drei Minuten. Herr Zimmermann, bitte schön.

Olaf Zimmermann (Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e.V.): Frau Connemann, Sie haben gesagt, dass das so etwas wie eine Stimmung ist. Ich glaube, das, was wir schon als Wirkung auf den Kulturbereich feststellen können, ist mehr als eine Stimmung. Ich möchte nur auf zwei Fragen kurz eingehen. Das eine, das hat Herr Hebborn schon angesprochen, ist die Frage, welche Wirkung der Wegfall von privaten Unterstützungen hat, ob das nun Sponsorenmittel sind, ob das Mittel aus Stiftungen oder Spenden sind. Da könnte man sagen, dass uns das ja nicht so stark trifft, weil der private Anteil bei der Finanzierung gerade auch öffentlicher Kultureinrichtungen eigentlich nicht so groß ist. Das stimmt aber eben nicht ganz, weil es einfach eine Strukturveränderung gegeben hat. Das heißt, die privaten Mittel sind eigentlich für die Sahne auf dem großen Kaffee der Kultureinrichtung da gewesen. Sie haben immer das Interessante ermöglicht, die Neuinszenierung, die neue Ausstellung, also alles das, was Innovation ausmacht. Eigentlich ist das nur deshalb möglich gewesen, weil es die privaten Mittel zusätzlich gab, und deswegen ist der Wegfall dieser privaten Mittel problematischer für uns als man im Hinblick auf den prozentualen Anteil der privaten Förderung eigentlich für möglich halten würde.

Wenn ich mir den Sektor der Kulturwirtschaft anschau glaube ich, dass man sich die verschiedenen Bereiche wirklich einzeln anschauen muss. Wenn man zum Beispiel den Bereich bildende Kunst betrachtet und jetzt einmal wegdenkt, dass dieser Markt in den letzten Monaten besonders überhitzt gewesen ist und vielleicht auch eine gewisse Normalisierung eingetreten ist, haben wir den Markt mit den jungen Künstlerinnen und Künstlern, der aus meiner Sicht durch diese Wirtschaftskrise in große Schwierigkeiten kommen wird. Wir werden aber gleichzeitig den Markt für die klassische Moderne haben, der genau die gegenteilige Entwicklung nehmen wird. Menschen, die jetzt nicht mehr wissen, wo sie ihre Besitztümer sicher anlegen sollen, werden nämlich in den Bereich der klassischen Moderne flüchten, und ich glaube, wir werden dort sogar noch eine Marktzunahme haben.

Oder schauen Sie sich den Bereich der Baukultur an. Dort wirken natürlich schon das Konjunkturpaket II und das Konjunkturpaket I. Dort gibt es schon positive Auswirkungen, woran man sehen kann, dass im Bereich der Baukultur etwas erreicht wird. Es gibt aber auch Sorgen. Die Denkmalpflege hat zum Beispiel große Sorgen, dass durch zu schnelle Entscheidungen, die dort gerade im Bereich der energetischen Sanierung getroffen werden, möglicherweise Schaden angerichtet werden kann. Man muss sich das ganz genau anschauen. Wichtig ist, und das betrifft den gesamten kulturwirtschaftlichen Bereich, dass es immer um das Finden von Kunden, besonders aber privater Kunden geht. Das heißt, eine Frage ist auch, welche Wirkung die Finanz- und Wirtschaftskrise auf die privaten Kunden haben wird. Die institutionellen Kunden müssen aber auch vorhanden sein, denn sie sind gerade in der Kulturwirtschaft von zentraler Bedeutung. Ob das Theater noch einen Auftrag in die Kulturwirtschaft gibt, ob das Museum einen Auftrag in die Kulturwirtschaft gibt, ob das soziokulturelle Zentrum einen Auftrag in die Kulturwirtschaft gibt, ist ganz entscheidend, und deswegen kann im Moment die beste Kulturwirtschaftsförderung sein, einfach nicht an der normalen Kulturförderung der öffentlichen Institutionen zu rütteln, sondern sie weiter ordentlich zu fördern. Damit kann ich auch Kulturwirtschaft fördern.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wir kommen jetzt zur FDP-Fraktion. Sie hat in der ersten Runde acht Minuten für Fragen und Antworten. Frau Dr. Winterstein, bitte schön.

Abg. Dr. Claudia Winterstein (FDP): Vielen Dank. Es ist schon gesagt worden, dass Kultur eine freiwillige Aufgabe ist. In Zeiten, in denen der Gürtel enger geschnallt werden muss, ist das immer eine Gefahr. Insofern richtet sich meine Frage an Herrn Zimmermann und auch an Herrn Hebborn. Wie sieht es eigentlich aus, meinen Sie, dass es hilfreich ist, gerade unter solchen Bedingungen das Staatsziel Kultur mit im Grundgesetz zu verankern, um damit die Kultur noch einmal besonders herauszuheben und deutlich zu machen, wie wichtig Kultur in guten wie in schlechten Zeiten ist?

Meine zweite Frage geht an Herrn Roßnagl. Wir haben jetzt schon viel zum Bereich Sponsoring gehört. Meinen Sie nicht auch, dass es gerade eine besondere Herausforderung für die Kultur ist, in solchen Zeiten noch attraktiver zu sein, um Sponsoren zu werben. Ist es nicht auch eine Chance für die Kultur, sich Besonderes zu überlegen, um damit deutlich zu machen, dass man auch in diesen Zeiten Kultur sponsern sollte? Oder überwiegt für Sie der Aspekt, dass man sich beschränken muss und davon ausgehen muss, dass es weniger Sponsoring geben wird?

Vorsitzender: Die Frage an die kommunale Seite also lautet, ob ein Staatsziel Kultur wichtig wäre, um der Tatsache, dass Kultur freiwillige Aufgabe ist, gegenzusteuern.

Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, Deutscher Städtetag): Ich mache mir da keine Illusionen. Ich glaube, das wird in Krisenzeiten konkret nicht helfen, was die finanzielle Ausstattung der Kultur anbetrifft. Wir haben die Kultur bereits in den Landesverfassungen; wir haben in allen Gemeindeordnungen in Deutschland eine allgemeine Verpflichtung der Kommune, für eine gewisse kulturelle Infrastruktur zu sorgen. Wenn da ein Staatsziel sozusagen noch obendrauf gesetzt wird, dann ist das sicherlich hilfreich, aber nicht unmittelbar wirksam, um daraus Ansprüche an die Finanzierung der Kultur abzuleiten. Da bedarf es schon konkreter Absprachen, insbesondere zwischen Ländern und Kommunen, wie man Kulturförderung macht, wie man Kultur absichert, und das sehen wir auch bei den Konjunkturprogrammen.

Es gibt durchaus Möglichkeiten, trotz aller Verfassungsbeschränkungen doch zu gemeinsamem Handeln zu kommen. Ich glaube, dass das in Krisenzeiten der erfolgversprechendere Weg ist, wobei ich nicht missverstanden werden möchte. Wir sind unbedingt dafür, dass die Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen wird. Nur ist es gerade so, dass diese Staatszielbestimmungen keine unmittelbaren Ansprüche nach sich ziehen. Das muss man einfach realistisch sehen.

Vorsitzender: Also, es gibt keine unmittelbaren Auswirkungen. Die Frage an Herrn Zimmermann: Gibt es mittelbare Auswirkungen?

Olaf Zimmermann (Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e.V.): Man muss sich erst einmal das Szenario überlegen, vor welchen Problemen wir stehen. Wir werden sicherlich Probleme bei den öffentlichen Kulturhaushalten bekommen, weil das Geld, das jetzt ausgegeben wird, irgendwann wieder eingespart werden muss. Und diese Einsparung wird man dort zu erzielen versuchen, wo man es rechtlich kann. Da gibt es gar nicht so viele Möglichkeiten und leider gehört der Kulturbereich als freiwillige Leistung dazu. Das werden wir nicht morgen spüren, sondern frühestens ab dem Jahre 2010 und in den Folgejahren.

Wenn wir jetzt hier vor dem Kulturausschuss des Deutschen Bundestages sind, muss man natürlich fragen, was denn eigentlich der Deutsche Bundestag daran ändern kann. Er kann ja nicht unmittelbar in die Kommunalhaushalte oder in die Haushalte der Länder hineinregieren. Das heißt, es gibt sowieso nur begrenzte Möglichkeiten. Ich glaube, dass das Staatsziel Kultur sicherlich nicht das Allheilmittel ist. Es ist aber ein ganz wichtiges Instrument, um zu verdeutlichen, dass diese Gesellschaft Kultur nicht zur freien Verfügungsmasse werden lassen möchte, sondern dass es selbstverständlich eine Pflicht des Staates für die Kulturförderung gibt. Dadurch entsteht – da haben Sie vollkommen recht – kein juristisch einklagbarer Titel, aber es entsteht schon erheblich mehr als nur eine weiße Salbe, wie manche das befürchten. Wenn das Staatsziel Kultur eingeführt würde, wäre es ein Signal zur Verdeutlichung, dass wir die Kultur nicht zum Zahlmeister der Nation machen wollen. Wenn nicht

jetzt in dieser Situation das Staatsziel Kultur eingeführt werden soll, wann denn dann? Eigentlich müsste man jetzt zusammenkommen und sagen, dass wir gemeinsam auf der Bundesebene für das Staatsziel Kultur streiten wollen, weil es nützlich wird. Es wird mit Sicherheit nicht schaden, sondern es wird mehr nützlich als viele andere Maßnahmen, die man auf der Bundesebene im Moment starten kann.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Zimmermann. Noch knappe drei Minuten für Herrn Roßnagl: Die wirtschaftliche Krise als Chance für Kultursponsoring?

Michael Roßnagl (Vorsitzender Arbeitskreis Kultursponsoring, Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Nach den letzten Abfragen, die wir in den Unternehmen machen konnten, gab es im Bereich des Kultursponsoring keinen Einbruch, sondern sogar eine leichte Erhöhung. Ob das eine Chance ist, wage ich schon ein wenig zu bezweifeln, da die Unternehmen derzeit natürlich sehr auf die Kosten achten. Das heißt zum einen, der Revisor ist deutlich wichtiger geworden und die Buchhalter sind unterwegs, um vorsorglich alle Sparmöglichkeiten auszuloten. Zum anderen wissen wir, dass bereits jetzt bei Unternehmen, die Mitarbeiter entlassen oder in Kurzarbeit schicken, ganz intensiv nachgefragt wird, warum sie auf der einen Seite ihr Geld für kulturelle Belange ausgeben und auf der anderen Seite Mitarbeiter in Kurzarbeit gehen müssen. Das hinkt. Hier eine offene Situation herbeizuführen, wird eine große kommunikative Leistung der Unternehmensführung sein. Es geht dabei nicht darum, die verbleibenden Mitarbeiter oder das Unternehmen zu bestrafen, sondern darum zu sagen, dass wir kommunikativ bleiben müssen, dass wir unsere Verträge sichern müssen, dass wir dieses Spezialmarketinginstrument Kultursponsoring aufrechterhalten müssen. Ich möchte sagen, dass man das eine nicht lassen sollte, aber mehr Sponsorengelder zu bekommen wird sehr, sehr schwierig sein.

Vorsitzender: Vielen Dank. Eine knappe Minute übertrage ich auf die zweite Runde. Ich wende meinen Blick nach links. Die SPD-Fraktion hat jetzt 19 Minuten Frage- und Antwortzeit. Der Kollege Ehrmann, bitte.

Abg. Siegmund Ehrmann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte mich auch herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie gekommen sind und uns zum Teil auch schriftliche Positionierungen vorgelegt haben. Auch wenn im Moment die Situation konkret noch nicht abschließend Wirkungen zeitigt, kann man die Dinge doch ein Stück weit antizipieren. Herr Dr. Krull hat auf die Rolle der Sparkassen hingewiesen. Wie schnell das passiert und sich auf die Stadtkasse auswirkt, wenn auf einmal Gewerbesteuermindereinnahmen in siebenstelliger Höhe zu verkräften sind, kann ich aus meiner Region berichten. Wie schnell sich etwas ändert, kann man auch dann erkennen, wenn Unternehmen Gewerbesteuerzahlungen korrigieren. Das macht sich sofort bemerkbar. Das sind Herausforderungen, die insbesondere den kommunalpolitisch Verantwortlichen schwierige Hausaufgaben stellen.

Kurze, weitere Vorbemerkung: Es ist ja dargelegt worden, dass im Bereich der öffentlichen Kulturförderung das Gros der Mittel in die institutionelle Förderung geht. Und wir wissen, dass Etatserhöhungen

in weiten Teilen durch Sach- und Betriebs- und Personalaufwand aufgesogen werden, dass letztendlich das Zusätzliche und Besondere meistens erst in einer guten und sinnvollen Kooperation mit privaten Akteuren der Wirtschaft, der Stiftungen möglich ist.

Jetzt kommt mein Gedanke bzw. meine Frage. Wir erleben die Revitalisierung antizyklischer Finanzpolitik. Wenn es die Substanz, wie es hier auch für den Bereich der Stiftungen vorgetragen wurde, dort im Moment oder bald nicht mehr erlaubt, dauerhaft Verbindlichkeiten einzugehen bzw. man dabei zurückhaltender wird, wäre es dann nicht eine Idee, insbesondere für die Länder in ihrer Eigenschaft als Chefoberhaushälter gegenüber den Kommunen, Korridore zu eröffnen? Ich richte die Frage an Herrn Schmid, ob es eine Idee wäre, dass auch im Bereich der kommunalen öffentlichen Kulturförderung Übergänge organisiert werden, die letztendlich die kulturelle Vielfalt auf kommunaler Ebene gewährleisten und das Zusätzliche weiterhin ermöglichen. Solche Übergänge sollte es natürlich nicht auf Ewigkeit geben. Auch die Räte und Kulturverantwortlichen müssen natürlich sehr verantwortlich mit diesen Dingen umgehen, aber es wäre eine Idee, um Kahlschläge zu vermeiden, die hinter den Gedanken des Rechtscharakters der freiwilligen Aufgabe zielen. Da würde mich interessieren, ob so ein Gedankengang im Bereich der KMK und im Bereich der Länder vorstellbar wäre. Wir haben das beim Konjunkturpaket II ja ein Stück weit entwickelt.

Dann habe ich noch eine konkrete Frage an Herrn Dr. Krull und zwar erstreckt sie sich auf eine Aussage, die Sie in Ihrer schriftlichen Stellungnahme getroffen haben, die die Abgabenordnung beschreibt. Sie erinnern an eine Regelung in der Abgabenordnung, wonach Stiftungserträge zu einer bestimmten Quote zur Substanzerhaltung in Rücklagen eingebracht werden dürfen, und Sie schlagen vor, diese Quote anzuheben. Das ist ja dann eine Empfehlung an den Gesetzgeber, also an uns. Danach ist für mich die Argumentation nicht mehr deutlich und schlüssig, deswegen wäre ich um Aufklärung darüber verlegen, was Sie sich davon erhoffen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Ehrmann. Vielleicht zunächst Herr Schmid zu den Korridoren.

Toni Schmid (Ministerialdirigent Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Vorsitzender des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz, KMK): Vielen Dank, Herr Ehrmann. Das Problem bei dieser Frage ist für mich, dass ich Kulturmann bin. Ich arbeite in einem Kulturministerium und bin natürlich von Hause aus immer für alle Vorschläge, die kulturellen Einrichtungen auf allen Ebenen helfen, sehr empfänglich. Ich fürchte aber, dass die Antwort wohl weniger sympathisch ausfallen würde, wenn Sie die Frage den Kollegen im Finanzministerium stellen würden – und Sie sind ja auch Abgeordnete, die mit Finanzministerien zu tun haben. Wie gesagt, wir wären generell von unserer Seite aus sehr gerne bereit darüber zu reden. Ich gehe aber nach den Erfahrungen, die ich in den letzten Jahren in Verhandlungen mit Finanzministerien gemacht habe, davon aus, dass das nicht ganz einfach gewesen wäre.

Der zweite Punkt im Hinblick auf das Konjunkturpaket ist die Ankündigung, dass dieses Förderinstrument auch der Kultur zugute kommen soll. Das war für uns zwar prinzipiell erfreulich, aber deshalb ein

bisschen schwierig, weil der Wettbewerb in dem Topf besonders groß war. Die Gemeinden hatten schon alles Mögliche, Straßen und anderes, angemeldet, dieser Topf war schon völlig überzeichnet als dann endlich klar wurde, dass die Kultur mit eingeschlossen ist. Wir kamen deshalb ein bisschen spät.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Schmid. Herr Dr. Krull, Sie erläutern bitte noch einmal, was der Gesetzgeber möglicherweise ändern muss, damit die Stiftungen noch erfolgreicher arbeiten können.

Dr. Wilhelm Krull (Vorstandsvorsitzender Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V.): Ich würde gern den ersten Punkt unterstreichen, den ich vorhin schon deutlich gemacht habe. Es liegt im Moment wirklich in der Verantwortung von Bund und Ländern, diesen Übergang zu sichern. Was die Frage nach der Abgabenordnung angeht, so müssen wir mittelfristig antizipieren, dass es voraussichtlich nicht nur eine höhere Inflationsrate geben wird, sondern dass sich gleichzeitig auch die Märkte auf absehbarer Zeit nicht soweit erholen werden und wir es hier tatsächlich mit einer Wertminderung des Stiftungskapitals zu tun haben. Nun hat sich meine Stiftung entschieden – und soweit ich das aus Befragungen von Kollegen sagen kann – viele andere auch, im Moment nicht dramatisch zu kürzen und nicht nur alles daran zu setzen, den Kapitalerhalt zu schaffen. Die reale Kapitalerhaltung ist natürlich mittelfristig für das nachhaltige Wirtschaften von Stiftungen ein Thema. Wenn schon nicht unbedingt eine Anhebung, dann wäre zumindest eine Modifikation der Randbedingungen wünschenswert. Wenn ich im Moment in einem laufenden Jahr nicht thesauriere, kann ich das niemals mehr nachholen. Böte man da eine Übergangshilfe, wird manche Stiftung sicherlich bereit sein, einstweilen gerade im Sinne des antizyklischen Wirkens, des Stabilisierens auch von prekär finanzierten Festivals und anderen Strukturen tätig zu werden, damit wir diesen Übergang gemeinsam schaffen.

Abg. Siegmund Ehrmann (SPD): Ich habe noch eine Frage an Herrn Hebborn, und zwar, ob Sie in Ihrem Verband einen Überblick über Meldungen aus dem kommunalen Bereich haben, was das Konjunkturpaket II angeht. Und die Frage an Frau Lison, wie das speziell im Bibliothekssektor diskutiert wird, und ob sich da bestimmte Tendenzen insbesondere vor dem Hintergrund der von Herrn Schmid beschriebenen Konkurrenzsituation absehen lassen.

Barbara Lison (Präsidentin Bibliothek & Information Deutschland, BID): Die Bibliotheken versuchen sich einzubringen, da es natürlich einen erheblichen Nachholbedarf an vielen Stellen gibt. Die noch nicht geschlossenen Zweigstellen in den Kommunen haben zum Beispiel oft in großem Umfang Sanierungsbedarf. Das ist gar keine Frage, aber dann trifft man natürlich auf die Konkurrenz der anderen Kultureinrichtungen, und die Museen haben vielleicht einen ähnlichen Nachholbedarf. Deswegen sind wir in unserem Verband dabei, die einzelnen Mitglieder argumentativ fit zu machen, sich im kommunalen Bereich in der Konkurrenz der anderen Kulturinstitute durchzusetzen. Das wird – und wir sind da nur das Beispiel in unserer Branche – eine Konkurrenz der Kulturinstitute auf lokaler Ebene sein, denn aufgrund der Überzeichnung der Töpfe ist die Frage, wer sich langfristig am besten durchsetzt.

Die meisten Kosten für Einrichtungen unserer Art sind aber keine investiven Kosten, was eigentlich das Problem ist. Die investiven Kosten sind einmalig, je nachdem, wie man wirtschaftet, werden sie dann per Abschreibung berechnet. Aber die Kosten für Personal, für die Unterhaltung und für die Erstellung des Dienstleistungsangebotes sind konsumtive Kosten, und da sehen wir die Gefahr. Natürlich werden vielleicht auch Bibliotheksbusse gekauft. Ich höre zum Beispiel aus Städten, dass man versucht, Zweigstellen aufzugeben und Bibliotheksbusse zu erwerben, um damit eine Versorgung zu gewährleisten, dass man versucht, diese Bibliotheksbusse irgendwie in dieses Konjunkturprogramm hineinzubringen. Das gibt es auch.

Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, Deutscher Städtetag): Herr Vorsitzender, Herr Ehrmann, ich würde gerne vorab noch etwas zu dem Korridor sagen. Es ist in der Tat so, wenn man die rein kommunale Perspektive einnimmt, dass man die Kommunen in zwei Klassen unterscheiden muss. Das kann man offen sagen. Es gibt diejenigen, die einen ausgeglichenen Haushalt haben und Kulturförderung betreiben können, wie zum Beispiel Frankfurt oder München. Es gab gute Jahre von 2005 bis 2007, 2008 auch noch, in denen das intensiv gemacht worden ist – bei 2009 muss man schon schauen. Aber dann gibt es natürlich Städte – Sie können irgendeine Stadt im Ruhrgebiet nehmen –, die sich in der Haushaltssicherung befinden oder wie die Stadt Oberhausen im Nothaushalt. Das heißt, diese Städte können faktisch keine Kulturförderung mehr betreiben und halten höchstens mehr oder weniger ihr Kulturangebot aufrecht. Die Stadt Oberhausen zum Beispiel hat 1,6 Mrd. Euro Altschulden und allein dieses Defizit, diese Altschuldenlast verhindert eine Weiterentwicklung.

In der Auseinandersetzung mit der Kommunalaufsicht, die bei den Ländern liegt und in der Regel dem Innenministerium nachgeordnet ist, ist der Stadt Oberhausen gesagt worden, sie möge doch alle Kultureinrichtungen vom Theater bis zur Musikschule schließen. Dadurch würden 40 Mio. Euro von aktuell 160 Mio. Euro, die im Haushalt fehlen, eingespart. Man sieht, dass man selbst dadurch dieses Defizit nicht in den Griff bekäme, und Sie können sich vorstellen, wie eine Stadt ohne Kultureinrichtungen aussieht: Es würden noch mehr Leute abwandern. Letztlich ist eine Stadt ohne Kultur nicht mehr als eine Ansammlung von Wohnbehausungen!

Das macht eigentlich das Problem deutlich, vor dem wir stehen. Wir müssen vor allen Dingen diese Altschuldenproblematik, diese strukturellen Probleme mit den Ländern gemeinsam irgendwie in den Griff bekommen. Dazu gibt es Gespräche. Das war auch das größte Hindernis, das vor dem Konjunkturpaket II beseitigt werden musste, weil man sicherstellen wollte und musste, dass auch diese überschuldeten Kommunen partizipieren können.

Ich will damit nicht sagen, dass ein Teil dieser Schulden nicht auch selbstverschuldet ist. Das muss man sehen. Aber es gibt sehr viele strukturelle Defizite, die vor allen etwas mit dem Strukturwandel zu tun haben. Kommunen und Länder müssen einfach Lösungen finden, gerade weil die Kultur ein ansonsten nicht geregelter Bereich ist.

Was das Konjunkturpaket II anbetrifft, ist es in der Tat so, dass die Kultur im Teil II, also sonstige Infrastruktur, verortet ist, und natürlich in sehr großer Konkurrenz mit anderen steht. Da stellt sich dann

vor Ort die Frage, soll ein Bücherbus angeschafft oder ein Kunstrasenplatz gebaut werden. Das muss man einfach so sehen. Ich habe aber den Eindruck – wir haben keine exakten Zahlen, wir werden aber demnächst eine Umfrage starten, um das herauszufinden –, dass die Kultur da nicht schlecht aufgestellt ist und in den Kommunen durchaus zum Zuge kommt, auch ihre Lobby einsetzen kann. Wir haben aber in der Regel die Beschränkung auf die energetische Sanierung. Das ist zwar auch notwendig, das ist auch wichtig und richtig, aber das löst natürlich das Grundproblem einer Unterfinanzierung nicht, weil wir alle wissen und Frau Lison es auch gesagt hat, dass das Problem insbesondere in den Bereichen Betriebs- und Personalkosten besteht.

Das Konjunkturpaket II ist willkommen, aber das Grundproblem lösen wir dadurch nicht. Das Grundproblem heißt immer – ich will jetzt gar nicht das große Rad drehen und für eine Föderalismusreform III plädieren: Wer die Kultur in den Kommunen fördern will, der muss die Kommunalfinanzsituation in Ordnung bringen. Das ist das Kernproblem, um das es geht.

Vorsitzender: Es bleiben noch rund fünf Minuten für die SPD-Fraktion. Angelika Krüger-Leißner, bitte.

Abg. Angelika Krüger-Leißner (SPD): Ich spreche einen Bereich an, dem Sie sich bisher nicht zugewandt haben, worüber ich mich richtig gewundert habe. Dabei hat die Filmkunst und hat das deutsche Kino viel mit Kulturgut und auch mit Wirtschaftsgut zu tun. Ich habe das jedenfalls in keiner Ihrer Stellungnahmen gelesen, und aus diesem Grunde würde ich sehr gerne bei Herrn Hebborn, Herrn Roßnagl, Herrn Schmid und Herrn Zimmermann nachfragen.

Lassen Sie mich zwei Dinge sagen. Wir haben von Ihnen gehört, dass es in vielen Bereichen, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich, einen Rückgang an Geldern geben wird. Ich glaube, dass sich das im Filmbereich etwas anders darstellen wird. Aus meiner Sicht haben wir, was den Deutschen Filmförderfonds (DFFF) betrifft, auf Bundesseite eine gewisse Stabilität. Ich rede heute nicht über die Filmförderanstalt, die in einer großen Krise ist. Das werden wir in den nächsten Tagen hören, aber ich denke, dass die Länderförderung auch weiterhin bestehen bleibt. Die Nachfrage wird aus meiner Sicht in Deutschland nicht so schnell einbrechen. Was wir allerdings aus anderen Ländern hören, ist für mich besorgniserregend und darum würde ich sehr gerne Ihre Meinung hören.

Die Signale, die aus den USA kommen, sind erschreckend: Milliardenverluste der großen Unternehmen, bis zu 70 Prozent bei Rupert Murdoch, bei Time Warner, zurückgehende Umsätze im Filmgeschäft. Es gibt einen Rückgang von Stellen, also nicht nur zwei, drei, sondern 400, 800 Stellen in den Unternehmen, aber auch in Deutschland die ersten Anzeichen dafür, dass die Banken die Mitfinanzierung von Filmen nicht mehr leisten können. Constantin Film hat heute erklärt, dass in diesem Jahr ein Umsatzrückgang erwartet wird. Wie sehen Sie diese Entwicklung? Könnte man da nicht auch konjunkturell zum einen durch Mitfinanzierung etwas bewirken oder zum anderen die Digitalisierung vortreiben, um zum Beispiel auch Kinos weiterhin marktfähig und gegenüber den großen Ketten wettbewerbsfähig zu halten?

Vorsitzender: Ich stelle die Frage erst einmal Herrn Schmid, ja?

Toni Schmid (Ministerialdirigent Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Vorsitzender des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz, KMK): Ich erlebe das ein bisschen von der Außenposition, weil das Thema Film bei uns nicht im Kunstbereich angesiedelt ist, sondern wie in vielen Ländern in der Staatskanzlei. Ich persönlich habe den Eindruck, dass der Sektor Film deshalb am Ende vielleicht nicht so gravierend betroffen sein wird oder eher auf Hilfe rechnen kann, weil er natürlich auch als wichtiges Wirtschaftsgut gesehen wird und sehr starke Fürsprecher hat. Da fühlen sich das Wirtschaftsministerium und die Staatskanzleien zuständig. Sie haben sehr viele Fürsprecher und bekommen leichter Hilfe als die Kandidaten, für die wir zuständig sind. Von daher sehe ich nicht so sehr schwarz.

Herr Roßnagl hat mir heute erzählt, dass die Zahl der Kinobesucher in den USA keineswegs zurückgegangen ist. Dann frage ich mich, wie es zu diesen Defiziten kommt, wenn die Kinobesucher eher stärker in die Kinos strömen als vorher.

Vorsitzender: Herr Roßnagl, möchten Sie gleich dazu etwas sagen, weil Sie angesprochen wurden? Es bleibt noch eine Minute.

Michael Roßnagl (Vorsitzender Arbeitskreis Kultursponsoring, Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): In den USA hat eine aktuelle Erhebung ergeben, dass jetzt in der dramatischen Krisenzeit der Kinobesuch um 16 Prozent gestiegen und nicht gefallen ist, aber vielleicht ist das als Ausgleich dafür zu sehen, dass andere Dinge so teuer geworden sind. Unserer Erhebung zufolge steht die Förderung des Kinos und des Films nahezu an letzter Stelle. Die großen Förderfelder sind bildende Kunst, allen voran die Musik und das Musiktheater, gefolgt von Theater und Denkmalpflege und vor allem der kulturellen Bildung, so dass Film beim Sponsoring nahezu ausfällt. Das hat aber damit zu tun, soweit ich meine Kollegen richtig verstehe und auch unser Unternehmen, dass hier ganz andere Volumina zu bewältigen sind und ein Sponsoring im Kino einer anderen Ordnung unterliegt als bei den vorgenannten Feldern.

Vorsitzender: Das erklärt sich vielleicht auch daraus, dass Filmwirtschaft Kulturwirtschaft ist und sich das Sponsoring oft mehr auf den freien Bereich konzentriert als auf den wirtschaftlichen Bereich. Die 19 Minuten sind sogar etwas überschritten worden. Als nächste Rednerin für die Fraktion DIE LINKE. Frau Dr. Jochimsen, bitte.

Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen (DIE LINKE.): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir haben besprochen, dass bei den Sponsoren und bei den Stiftern möglicherweise das Geld knapp wird, dass die Sparkassen sich überlegen, ob sie sich weiter engagieren können. Ich möchte jetzt eine Frage stellen, wie das denn mit den Besuchern von Theatern, von Konzerten, von Kinos, von Museen ist. Interessanterweise habe ich gelesen, dass der Kulturstaatsminister vor zwei Tagen eine öffentliche Erklärung oder eine Art Appell abgegeben hat, wonach in diesen Zeiten Kino- und Theaterpreise, also Preise für Kultur,

ermäßigt werden müssten, um die Nachfrage aufrechtzuerhalten. Ich glaube, Herr Hebborn, Sie haben vorhin schon einmal das Stichwort Ermäßigung der Preise in die Diskussion geworfen. Deswegen meine Frage einerseits an Sie. Sehen Sie da auch ein Problem? Müssen eventuell die Preise reduziert werden, obwohl wir wissen, dass die Preise fürs Theater, Museum, Konzert ja oft nicht kostendeckend sind? Und wenn das der Fall ist, das ist meine Frage an Herrn Schmid, wie gehen dann die Länder und die Kommunen damit um, dass ihre Theater zum Beispiel Mindereinnahmen aufgrund niedriger Preise hätten, mit denen sie überhaupt erst ein nachgefragtes Angebot für das breite Publikum machen können? Das Feld der kulturellen Bildung scheint mir in dem Fall besonders gefährdet zu sein. Kommen Eltern nicht zunehmend in eine bedrängte Situation, für ihr Kind wirklich die Musikschule zahlen zu können, den Theaterbesuch zahlen zu können? Also, die Frage ist: Müssen wir, wie der Staatsminister das angedeutet hat, über Ermäßigungen bei Kassenpreisen nachdenken, und wenn ja, wie kompensieren wir das? Und wie gehen wir damit eigentlich in der öffentlichen Förderung um?

Vorsitzender: Sehe ich das richtig, Frau Dr. Jochimsen, die Frage geht an Herrn Schmid und an Herrn Hebborn? Herr Schmid, bitte.

Toni Schmid (Ministerialdirigent Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Vorsitzender des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz, KMK): Ich habe die Erfahrung gemacht, dass man die Frage der Preise, der Eintrittspreise, nicht so uniform sehen kann. Wir machen in München, wenn ich zum Beispiel die Staatsoper nehme, immer eine Zwei-Kategorien-Politik. Die teuren Karten machen wir immer teurer, die gehen komischerweise am leichtesten weg. Das heißt, wenn Sie die superteuren Karten nehmen, können Sie da preislich locker, auch jetzt in solchen Zeiten, noch einmal draufschlagen, die werden trotzdem verkauft. Wir haben da keinen Rückgang der Nachfrage. Die Preise der preiswerten oder billigen Karten versuchen wir möglichst zu halten. Sie sind aber schwerer zu verkaufen als die teuren. In Häusern wie zum Beispiel der Bayerischen Staatsoper haben wir eine Auslastung von über 90 Prozent. Wir haben bis jetzt auch keinen Rückgang der Nachfrage zu verzeichnen und am allerwenigsten einen Rückgang bei den teuren Karten.

Ich glaube, dass Sie cum grano salis die gleiche Beobachtung auch in einem kleinen Stadttheater machen werden. Sie haben eine Schicht, die bereit ist, ganz hohe Preise zu zahlen und auf diese Preise können sie auch noch drauflegen, wofür ich auch durchaus bin. Wir können nicht sagen, dass wir das Angebot generell preiswerter machen, denn irgendwie muss das Geld ja wieder reinkommen. Wir sollten also teilen, so dass die, die es sich leisten können, es auch bezahlen. Daneben müssen wir aber gewährleisten, dass jemand mit geringerem Einkommen trotzdem die Möglichkeit hat, ins Theater oder in die Oper zu gehen. Das ist ein Drahtseilakt.

Das Zweite ist das Thema kulturelle Bildung. Wir haben Erfahrungen mit Kürzungen und Finanzproblemen. So hatten wir in den Jahren 2002, 2003 und 2004 deutliche Kürzungen hinzunehmen. Bei uns – und ich glaube, auch in vielen anderen Ländern – hat man sich darauf geeinigt zu versuchen, ge-

rade die kulturellen Angebote, die sehr stark in die Breite gehen und den Bereich der kulturellen Bildung berühren, nicht zu kürzen und auch nicht zu verteuern. Das heißt zum Beispiel, dass wir zu keinem Zeitpunkt die Fördermittel für die Musikhochschulen gesenkt haben. Wir haben bei den Musikschulen sogar noch einmal drauf gelegt. Ich glaube, dass dieses Bewusstsein, etwas tun zu müssen, mittlerweile schon vorhanden ist und die kulturelle Bildung eines der Megathemen in unserem Bereich ist. Wir müssen uns um die kulturelle Bildung kümmern. Wenn das Geld weniger wird, dann müssen wir Prioritäten setzen und die Priorität kulturelle Bildung muss ganz oben stehen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Schmid. Jetzt noch die kommunale Seite, allerdings nur für eine knappe Minute, lieber Herr Hebborn.

Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, Deutscher Städtetag): Ich kann es ganz kurz machen. Ich bestätige das, was Herr Schmid sagt: Die Nachfrage in diesem Bereich bricht nicht ein und es wird auch nicht möglich sein, auf breiter Front alle Preise zu senken. Ich denke, dass eine sehr differenzierte Preispolitik wichtig ist und die wir im Übrigen zum Beispiel im Bereich der Museen schon haben. Ich will nur als Beispiel darauf hinweisen, dass es bestimmte Tage oder bestimmte Zeiten gibt, zu denen freier Eintritt gewährt wird, um neue Kundschaft zu gewinnen. Wir stellen fest, dass das nicht zu mehr Defiziten führt, sondern im Grunde genommen zu Mehreinnahmen, weil diejenigen, die freien Eintritt haben, also Kinder und Jugendliche, in der Regel ihre Großeltern mitbringen, die dann zahlen und vielleicht auch noch einmal wiederkommen. Das muss man also sehr differenziert sehen. Freier Eintritt führt nicht zwangsläufig zu Mindereinnahmen, sondern kann sich sogar positiv auswirken. Eine differenzierte Preispolitik wäre hier meine Antwort.

Etwas anders sehe ich es beim Bereich der kulturellen Bildung. Das ist für uns als Städtetag der Bereich, den man stärker in den Fokus nehmen muss. Hier muss man sich überlegen, wie man Zugänglichkeit sicherstellt, wenn man den Satz, dass kulturelle Bildung Teil der allgemeinen Bildung und letztlich gleichwertig ist, wirklich ernst nimmt. Da müssen wir ganz klar Lösungen finden, aber ich denke, in den anderen Bereichen kann man das mit einer intelligenten und differenzierten Preispolitik machen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Hebborn. Wir kommen nunmehr zur Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kurth, bitte schön, sieben Minuten für Fragen und Antworten.

Abg. Undine Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich werde mit meiner Frage gleich anschließen. Das war eben ein sehr guter Einstieg, wenn man sich um die kulturelle Daseinsvorsorge sorgt, wozu es guten Grund gibt, da es ja nicht nur reiche Kommunen gibt. Das Beispiel Oberhausen ist mit vielen anderen Namen zu belegen. Sie, Herr Hebborn, schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass es bei Inanspruchnahme der Mittel aus dem Konjunkturpaket II sicher sehr darauf ankommen wird, die Kultur und ihre Infrastruktur in den politischen Schwerpunktsetzungen vor Ort entsprechend zu platzieren. Frau Lison hat uns gerade gesagt, dass es gar nicht nur um das Platzieren geht. Es gibt durchaus Stadträte, die gerne ihre Kultureinrichtungen, also die Bibliothek, die Musikschule, das Theater, das sozio-

kulturelle Zentrum erhalten wollen, die es aber in der Haushaltskonsolidierung aus rechtlichen Gründen gar nicht mehr dürfen, weil es sich um freiwillige Leistungen handelt. Nun hatte die Enquete-Kommission unter anderem den Vorschlag gemacht, man solle doch darüber nachdenken, ob es richtig wäre, Gelder im kommunalen Finanzausgleich für die Kultur zu binden, damit Kommunen, die sich in der Konsolidierung befinden, wenigstens die Möglichkeit der Entscheidung haben, für welche Kultureinrichtung bzw. ob sie überhaupt noch Geld für Kultureinrichtungen ausgeben können. Sehen Sie das als einen gangbaren Weg? Würden Sie das begrüßen und unterstützen, oder halten Sie das für einen zu hohen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung?

Eine zweite Frage möchte ich an Herrn Schmid richten. Wenn es denn einen Wettbewerb um Aufmerksamkeit gibt, dann kann es ja auch das große Beißen anstelle der Synergiensuche geben. Dazu braucht es Beratung. Netzwerke konstruieren sich ja nicht von selber und personell unterbesetzte Bibliotheken werden nicht in der Lage sein, noch jemanden freizustellen, um ein geschicktes Netzwerk vor Ort zu knüpfen. Sieht man es von Seiten der KMK als Aufgabe an, Kultureinrichtungen auch dadurch erhalten zu helfen, indem man genau solche Netzwerke unterstützt und Beratung anbietet?

Vorsitzender: Herr Hebborn, die kommunale Selbstverantwortung oder die kommunale Garantie, wie stehen Sie zu dieser Frage?

Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, Deutscher Städtetag): Das ist eine schwierige Gratwanderung zwischen Gestaltungsfreiheit einerseits, die die Kommunen haben wollen und die ja auch verfassungsrechtlich im Art. 28 GG garantiert ist, und dem Schutz und der Förderung der Kultur andererseits. Ich möchte auf Ihre Frage antworten, dass ich es nicht für sinnvoll halte, aus dem Kuchen des kommunalen Finanzausgleiches Mittel für die Kultur zu binden. Und zwar aus zwei Gründen:

Erstens dürfen diese Mittel in der Regel da nur investiv eingesetzt werden, und da sind wir uns alle einig, das ist nicht unbedingt das Hauptproblem, sondern die konsumtiven Ausgaben sind eigentlich das Hauptproblem.

Zweitens, wenn Kultur seitens der Länder gefördert wird, dann muss das aus den Länderhaushalten geschehen. Das, was Sie aus dem großen Kuchen des kommunalen Finanzausgleiches herausnehmen und für Kultur reservieren, fehlt letztlich an anderer Stelle. Das würde nur zu Verteilungskämpfen und zu Problemen an einer anderen Stelle führen. Wenn Sie also an der einen Stelle ein Loch stopfen, reißen Sie an der anderen Stelle ein Loch auf. Mir wäre lieber, die Kultur würde aus den Länderhaushalten gefördert und damit auch der politischen Kontrolle unterliegen.

Die eigentliche Forderung der Enquete-Kommission war ja, spezialgesetzliche Regelungen etwa für Bibliotheken oder Musikschulen zu schaffen. Damit haben wir uns sehr intensiv im Verband beschäftigt. Das klingt auch erst einmal gut, ist aber ungeheuer schwer durchzuführen. Ich will das jetzt gar nicht ausführen, weil das die Zeit absolut sprengen würde, aber wenn Sie Spezialgesetze machen, löst das sogenannte Konnexitätsverpflichtungen aus. Die Länder müssten dann also die Veranstaltung

bezahlen, die Sie uns da als Aufgabe auferlegen, und – wie wir aus anderen Bereichen wissen – führt das nicht unbedingt zu einer auskömmlichen Finanzierung von bestimmten Aufgaben. Ich nenne nur den Bereich der Volkshochschulen als Beispiel, wo es etwa in Nordrhein-Westfalen Pflichtaufgaben gibt. Wir haben uns aber trotzdem dafür ausgesprochen, über ein Rahmengesetz für die kulturelle Bildung nachzudenken, um gerade in diesem Bereich den Charakter einer etwas größeren Verbindlichkeit einzubringen. Ich möchte es dabei belassen, sonst würde es relativ lang werden. Vielen Dank.

Vorsitzender: Die Länder sind angesprochen worden, Herr Schmid. Sie haben noch zwei Minuten, um die zweite Frage von Frau Kurth nach den Netzwerken zu beantworten.

Toni Schmid (Ministerialdirigent Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Vorsitzender des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz, KMK): Ja, soweit ich die Frage verstanden habe, ich hätte da ein paar Rückfragen. Aber zunächst einmal ist die Beratung vor Ort eine Aufgabe der Länder, der zuständigen einschlägigen Länderministerien. Es geht doch nicht nur darum, dass wir Geld zur Verfügung stellen, das wir von den Finanzministern erhandeln, sondern es geht zunächst auch darum, die Betroffenen zu informieren, wie sie an dieses Geld kommen können. Das ist in sehr vielen Bereichen so, das ist natürlich kleinteilig, eine Aufgabe der KMK sehe ich nicht darin.

Abg. Undine Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie den Ländern solche Beratungsstellen, die Netzwerke flechten helfen, empfehlen?

Toni Schmid (Ministerialdirigent Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Vorsitzender des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz, KMK): Ich würde keine neuen Beratungsebenen einziehen. Ich glaube, dass wir dort Defizite beheben müssen. Bei uns in der Kunstabteilung zum Beispiel verbringen wir natürlich einen Großteil unserer Zeit damit, dass wir Menschen beraten. Wir haben einen Referenten für den Denkmalschutz, der tut zu 90 Prozent nichts anderes, als Beratungsarbeit zu leisten. Wir haben Mitarbeiter in der kulturellen Bildung, die auch Leute zusammenbringen, die die Vernetzung fördern. Das ist Teil ihres Jobs. Eine neue Ebene einzuziehen kostet zunächst Geld, das mir dann fehlt, wenn ich den Künstlern Geld zukommen lassen will. In so einer Situation, in der die Mittel immer knapper werden, plädiere ich sehr stark dafür, diese spärlichen Mittel an die Leute zu bringen, die sie wirklich brauchen.

Vorsitzender: Wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde, die wieder von der CDU/CSU-Fraktion eröffnet wird. Wir haben jetzt noch rund 30 Minuten Zeit. Auf die CDU/CSU-Fraktion entfallen zehn Minuten, Frau Prof. Monika Grütters, bitte.

Abg. Prof. Monika Grütters (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Krull und später eine an Herrn Roßnagl. Herr Dr. Krull, Sie als Stiftungsexperte haben das Problem eben ganz kurz angesprochen, aber die Stiftungen haben ja zweierlei Probleme, dazu würde mich Ihre Meinung interessieren.

Zum einen, wie sollen die klassischen Stiftungen, die von den Erträgen leben – und das ist ja der Großteil –, überhaupt noch Geld anlegen, um arbeitsfähig zu bleiben? Normalerweise dürfen nicht mehr als 40 Prozent der Ausgaben Verwaltungsausgaben sein. In diesem Jahr wird sich meistens noch eine Lösung finden lassen, weil die Stiftungen projektbezogen auf Rücklagen aus dem letzten Jahr zurückgreifen können, aber im nächsten Jahr ist zu befürchten, dass es uns alle hart erwischen wird. Keiner weiß mehr, wie er Geld zu vernünftigen Erträgen neu anlegen soll. Es geht inzwischen nicht mehr um fünf oder drei Prozent, sondern zurzeit um 1,8 Prozent im Durchschnitt! Damit ist die Fördertätigkeit der Stiftungen ganz erheblich eingeschränkt. Mich würde einmal interessieren, was Sie Ihren Stiftungen raten.

Eine zweite Frage richte ich an Herrn Roßnagl. Am 28. Januar 2009 hat Herr Prof. Dr. Hubertus Gaßner, Direktor der Hamburger Kunsthalle, in der Süddeutschen Zeitung annonciert, dass vor allem Banken begännen, Dauerleihgeben aus dem Haus abzuziehen oder sich sogar ganz zurückzuziehen. Wir alle wissen, dass Kunst im Moment natürlich eine passende Wertanlage ist. Meine Frage an Sie: Was ist der Trend? Wo müssten wir in der öffentlichen Meinung gegensteuern? Veräußern sie jetzt ihre Kunstbestände, um wieder Liquidität zu erlangen? Oder gibt es den umgekehrten Trend banken- oder unternehmensseitig, in Wertanlagen wie diese zu investieren? Können wir da im Sinne der Kultur steuernd wirken und wenn ja, wie sehen Sie das beim BDI?

Vorsitzender: Zunächst Herr Dr. Krull, bitte.

Dr. Wilhelm Krull (Vorstandsvorsitzender Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V.): Es gibt im Stiftungsbereich natürlich eine wirklich große Vielfalt ganz unterschiedlich investierter Stiftungen, also solche, wie etwa die BOSCH Stiftung, die direkt mit einem Unternehmen verbunden sind. Aber ihre Frage zielte ja auf die kapitalbasierten Stiftungen, wie die Volkswagenstiftung oder viele andere. Dabei muss man im Hinblick auf die laufenden Erträge deutlich unterscheiden. Die laufenden Erträge sind zum Beispiel deshalb bei uns in der Volkswagenstiftung sehr gut, weil wir unsere verzinslichen Papiere schon seit langem angelegt haben, so dass wir im Moment nicht in der von Ihnen angesprochenen Situation sind.

Aber natürlich ist das auch eine Frage des Gesamtvolumens. Prekär ist die Situation hier sicher in erster Linie für kleine und mittlere Stiftungen, deren auf fünf oder acht oder zehn Jahre angelegte Papiere jetzt wieder neu angelegt werden müssen, wobei man dann wegen der negativen Zinsentwicklung einen großen Schritt nach unten machen muss. Gleichzeitig kommt das Problem hinzu, dass eine solche Stiftung – was wir vorhin schon angesprochen haben – ihre Kapitalerhaltung mit im Blick haben muss, damit ihre Leistungskraft über die Zeit erhalten bleibt. Das ist ein Spannungsverhältnis, bei dem jede einzelne Stiftung vor der Frage steht, wie sie sich dazu stellen kann. Deshalb habe ich hier vorhin vorgeschlagen zu überlegen, die an das Jährlichkeitsprinzip gebundene Thesaurierungsmöglichkeit für eine Übergangszeit anders zu gestalten. Genauso muss man auf lange Sicht die Frage aufwerfen, ob wir nicht stärker aus dieser Krise lernen sollten und in stärkerem Maße Endowment-Bildung in den einzelnen kulturellen Einrichtungen ermöglichen. Dadurch hätten die Stiftungen selber einen gewissen

Kapitalstock, aus dem heraus sie die ihnen wichtigen Kernbereiche finanzieren könnten. Ich glaube, dass sind zwei Weichenstellungen, die man in den Blick nehmen sollte.

Vorsitzender: So, dann war Herr Roßnagl noch angesprochen.

Michael Roßnagl (Vorsitzender Arbeitskreis Kultursponsoring, Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Zu den Fragen der Bilder: Das ist natürlich ein Schreckgespenst. Diese Situation kann ich mir schlecht vorstellen. Bilder, die im Museum sind, werden Bilder sein, die künftig auch im Museum bleiben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Unternehmen auf ihre Liquiditätskrise mit Bildrückforderungen und -veräußerungen reagieren werden. Das würde den Kunstmarkt wahrscheinlich im großen Stil in Kalamitäten führen, weil die Preise eklatant sinken würden, wenn allzu viel auf den Markt kommt. Man würde die Ankaufetats überhaupt nicht mehr erzielen können. Ich kann mir das im großen Stil nicht vorstellen. Man ist in den Unternehmen schon sehr positiv konservativ eingestellt, die Dinge so zu belassen, wie sie sind. Diese Notmaßnahmen kann ich mit schwerlich vorstellen.

Vorsitzender: Gut, die nächste Frage aus der Unionsfraktion. Wolfgang Börnsen, bitte.

Abg. Wolfgang Börnsen (Bönstrup, CDU/CSU): Erstens empfinde ich ihre Antworten als ausgesprochen hilfreich und anregend, und wir alle werden die Ergebnisse dieses Fachgesprächs aufarbeiten. Zweitens habe ich eine Frage an Klaus Hebborn und Michael Roßnagl. Wir haben in der Kulturwirtschaft eine sehr hohe Zahl von Kleinstunternehmern und Einzelunternehmern. Sie leben von den Aufträgen der Großen. Wie schätzen Sie deren Situation in Zukunft ein? Welche Chancen haben sie beim Rückgang des Wirtschaftswachstums und der zunehmenden Finanzkrise?

Die zweite Frage bezieht sich auf Barbara Lison. Abgesehen davon, dass die Länder, die alle die Kultur in ihren Verfassungen verankert haben, trotzdem Jahr für Jahr rückgängige Etats beschließen: Halten Sie eine breite Kampagne für die Bedeutung der Kultur in Deutschland in einer solchen krisenhaften Zeit für richtig?

Vorsitzender: Vielen Dank, also zur ersten Frage, die Kreativen in der Kulturwirtschaft und deren Perspektiven betreffend, Herr Hebborn, bitte.

Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, Deutscher Städtetag): Ich denke, dass es diese Kleinstunternehmen schwer haben werden, weil sie schlicht von Aufträgen abhängig sind. Ich sage ganz klar, dass wir als Kommunen keine finanziellen Zuwendungen oder Bürgschaften werden leisten können. Man kann aber durch Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und durch eine entsprechende Konzentration auf die Gestaltung von Rahmenbedingungen versuchen, diesen Kleinstunternehmen zu helfen. Das können etwa bestimmte Beratungsleistungen, Kontaktvermittlungsleistungen oder Hilfen beim Anmieten von Räumen sein. Solche konkreten Rahmenbedingungen, die diesen Unternehmen vor Ort helfen, unter Umständen auch Kosten zu reduzieren, kann man

als Kommune schaffen. Aber ich sehe gerade für diese Unternehmen durchaus eine große Gefahr, die man besonders im Blick halten muss.

Michael Roßnagl (Vorsitzender Arbeitskreis Kultursponsoring, Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Aktuell möchte ich hier zustimmen, aber wenn Sie nach Australien sehen, muss man sagen, dass die Kreativwirtschaft die am stärksten wachsende Wirtschaft ist und wahrscheinlich auch bleibt. In der Zukunft wird sich gerade die Position der kleinen, aber hoch kreativen Persönlichkeiten positiv verändern. Ich denke, dass dieser Sektor eine große Zukunft hat. Es wird sehr, sehr schwierig werden, aber diejenigen, die die Krise durchstehen, werden ganz bestimmt Chancen haben.

Vorsitzender: Frau Lison, welche Zeichen können wir für die Kultur setzen?

Barbara Lison (Präsidentin Bibliothek & Information Deutschland, BID): Ich halte eine breite Kampagne für wichtig. Ich finde es wichtig, dass mit dieser Kampagne die Unterstützung der Politiker auf allen Ebenen angesprochen wird. Wir sitzen hier in einer Runde, in der Kultur ein Thema ist. Aber wie viele politische Runden gibt es, in denen Kultur kein Thema ist, obwohl Kultur dort zum Thema gemacht werden müsste? Kultur, kulturelle Bildung, wir haben ja all diese Themen besprochen. Das Thema Kultur als Verfassungsgut würde sehr gut in so eine breite Kampagne hineinpassen.

Wir Bibliotheken haben im letzten Jahr zum ersten Mal eine nationale Kampagne organisiert: „Deutschland liest.“ Das haben uns die Österreicher im Übrigen vorgemacht. Wir haben eine Resonanz im Vergleich zu dem erreicht, wie Bibliotheken vorher in der Presse oder in anderen Organen der öffentlichen Meinung repräsentiert waren. Breite Kampagnen sind also wichtig zur Bewusstseinsweckung in den unterschiedlichen politischen Kreisen, aber auch in den unterschiedlichen Kreisen anderer Entscheidungsträger. Mit Verlaub, die Politik ist zwar der wichtigste Entscheidungsträger, aber es gibt auch andere und auch bei ihnen muss das Thema Kultur als Grundbestand unserer Gesellschaft und als Würze unserer Gesellschaft diskutiert werden.

Abg. Gitta Connemann (CDU/CSU): Expertenrunden haben den Sinn, uns zu beraten und darauf hinzuweisen, was wir auf Bundesebene tatsächlich tun können. Wo sehen Sie den Handlungsbedarf, wo sollten wir steuernd eingreifen, wenn wir dies überhaupt können? Gewisse Vorschläge sind unterbreitet worden. Herr Zimmermann hat bestimmte Dinge in seiner Stellungnahme angesprochen, einige Vorschläge sind bereits eingebracht worden.

Meine Frage richtet sich insoweit an Herrn Hebborn und Herrn Roßnagl, entsprechende Empfehlungen zu unterbreiten, insbesondere aber an Herrn Hebborn zu dem Thema Sicherung kultureller Vielfalt durch bürgerschaftliches Engagement, das sie angesprochen haben. Auch das ist aus meiner Sicht ein außerordentlich wichtiges Thema, das ein wenig in den Hintergrund gerät. Aber gerade das häufig projektgetragene, nicht institutionell geförderte bürgerschaftliche Engagement wird natürlich leiden und damit werden gerade Regionen leiden, die mangels kultureller Infrastruktur ausschließlich vom

bürgerschaftlichen Engagement leben.

Vorsitzender: Die Fragezeit ist an sich um, aber die konkreten Vorschläge wollen wir gerne noch rasch mitnehmen. Herr Roßnagl, Sie hatten sich als erster gemeldet. Sie haben offensichtlich einen konkreten Vorschlag.

Michael Roßnagl (Vorsitzender Arbeitskreis Kultursponsoring, Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Ich möchte eine österreichische Situation aufgreifen, die in Deutschland genauso problematisch ist. Die Compliance-Regelungen für einzuladende Gäste und Kunden sind inzwischen besonders im Musikbereich so hoch, dass man davon Abstand nimmt, große Musikinstitutionen oder Theater zu unterstützen. Es hat ja keinen Sinn, später noch einmal irgendeine Person einzuladen. Wenn Sie das Verfahren kennen, werden Sie wissen, dass es wider alle kulturelle gesellschaftliche Situation steht. Hier sind die Hürden leider so hoch aufgerichtet worden, dass die Unternehmen letztendlich niemanden mehr einladen und deshalb die entsprechenden Institutionen nicht mehr fördern.

Vorsitzender: Das müssen wir auch Herrn Steinbrück erzählen und den Finanzämtern. Herr Hebborn, bitte, mit der Bitte um Kürze.

Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, Deutscher Städtetag): Ganz kurz: Sorgen Sie beim Konjunkturpaket II für eine unbürokratische Umsetzung und Nutzungsmöglichkeit für die Kultur, die sich nicht auf energetische Maßnahmen reduziert! Überlegen Sie bei der kulturellen Bildung, solche Aktionen wie Jeki (Jedem Kind ein Instrument) auch in anderen Bereichen zumindest anzustoßen und auf den Weg zu bringen! Was bürgerschaftliches Engagement anbetrifft, versuchen Sie, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu verbessern! Da gibt es ja eine Menge, einen ganzen Strauss von Möglichkeiten, dazu hat ja die Enquete-Kommission einiges für den Zuständigkeitsbereich des Bundes gesagt.

Vorsitzender: Vielen Dank. Das waren jetzt zwei Minuten über die Zeit, aber es war wichtig und spannend. Meine Kollegin Dr. Winterstein von der FDP-Fraktion musste wieder in den Haushaltsausschuss, so dass ich jetzt hier das Wort als FDP-Abgeordneter ergreife.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP) Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Krull und Herrn Roßnagl. Bei einer Veranstaltung vor einigen Wochen hat Herr Dr. von Heydebreck von der Deutschen Bank Stiftung, den Sie sicherlich beide kennen werden, die Prognose abgegeben, dass die familien- und personenbestimmten Stiftungen und Mäzene, stabil bleiben, dort werde es wenig Rückgänge geben. Aber er sieht große Probleme, große Risiken insbesondere bei unternehmensbezogenen Stiftungen und beim Sponsoring. Sie haben ja auch schon angedeutet, dass einige Menschen in diesen Bereichen gerne Mittel streichen wollen. Teilen Sie diese Prognose von Herrn Dr. von Heydebreck und welche Konsequenzen hat das für die Kulturförderung? Welche Projekte sind eher von einzelnen Mäzenen getragen

und welche sind eher unternehmensbezogen finanziert, Herr Dr. Krull?

Dr. Wilhelm Krull (Vorstandsvorsitzender Bundesverband Deutscher Stiftungen e.V.): Damit sprechen Sie die von mir vorhin schon erwähnte Vielfalt der unterschiedlichen Einbindung von Stiftungen an. Ich bin mir nicht sicher, ob man wirklich voraussagen kann, dass die eng mit Unternehmen verknüpften Stiftungen deswegen in den kommenden Jahren sehr viel weniger ausschütten werden. Da kommt es sehr auf den Einzelfall an, aber natürlich sind manche, an mittelgroße Unternehmen angeknüpfte und dann auch noch vor allem sehr spezialisierte Bereiche hier eher gefährdet als andere. Ich glaube, dass man erst einmal abwarten muss, ob die Ausschüttungen von Familienstiftungen und ähnlichen Verbänden in Zukunft deutlich stärker sein werden, als diejenigen von Unternehmen oder auch von Stiftungen, die ihr Kapital selbst anlegen.

Auf der anderen Seite ist es natürlich so, dass in vielen Unternehmen neben diesem fördernden Aspekt über die Stiftung das Sponsoring eine große Rolle spielt. Diese Schnittlinie wird sich unter Umständen in dem ein oder anderen unternehmensverbundenen Stiftungskontext zu Gunsten von Sponsoring-Aktivitäten verschieben, womit auch ein Gegengeschäft im Sinne von Werbung etc. gemacht wird. Grundsätzlich wird alles davon abhängen, ob Zinsentwicklung und Inflationsentwicklung noch in irgendeiner Weise positiv korrelieren. Beim gegenteiligen Trend sind natürlich vor allem konservativ investierte deutsche Stiftungen stark gefährdet, während unsere amerikanischen Kollegen im Wesentlichen jetzt gefährdet waren, als die Aktienmärkte, die Private-Equity-Märkte, nach unten gegangen sind. Da liegt mittelfristig schon ein Risiko.

Michael Roßnagl (Vorsitzender Arbeitskreis Kultursponsoring, Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Ich sehe das ähnlich, wobei gerade bei Unternehmen sehr deutlich zwischen einer Unternehmensstiftung und dem Sponsoring getrennt werden muss. Eine Unternehmensstiftung wird ähnlich agieren wie die privat geführten Stiftungen von einzelnen Personen, da sie die gleichen Probleme, nämlich sich deutlich verändernde Ertragsstrukturen, haben. Das erlebe ich natürlich auch in der Stiftung, für die ich verantwortlich bin. Wir werden zwar zunächst das gleiche ausschütten, aber langfristig gesehen hängt man natürlich am Kapitalmarkt. Auch die Siemens-Stiftung hat einfach Kapital abgegeben. Wenn sich die Zinsen halbieren, dann ist der Ertrag einfach geringer. Das ist auch in der Deutschen Bank Stiftung so. Das wissen Herr Dr. von Heydebreck und Herr Münch natürlich.

Im Sponsoring kann es sein, dass wir keine solchen massiven Einbrüche haben, weil es den werblichen Teil der Förderung gibt. Da das Kunst- und Kultursponsoring heute oft ein ganz genau wirkendes Spezialmarketing ist, denke ich, dass dort der Einbruch vielleicht nicht so groß sein wird, außer es geht einem Unternehmen so schlecht, dass man das Sponsoring grundsätzlich in Frage stellen muss.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wir kommen zur SPD-Fraktion. Frau Kollegin Griefahn hat sich zuerst gemeldet.

Abg. Monika Griefahn (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Zimmermann. Wir haben von den großen Unternehmensstiftungen gehört, dass sie ihr Engagement erst einmal beibehalten. Ich persönlich arbeite in mindestens zwei oder drei Stiftungen mit und sehe dort schon die Auswirkungen in Form von sehr viel niedrigeren Kapitalerträgen. Die kleinen Stiftungen, in denen ich bin, sind keine großen Firmenstiftungen und unterstützen kleine Projekte. Da im Kulturrat ja sämtliche Institutionen, größere und kleine, vertreten sind, ist jetzt meine Frage, wie sich das eigentlich in diesen kleineren Einrichtungen auf die Arbeitsverhältnisse, die sowieso schon prekär waren, auswirkt. Haben wir da eine höhere Arbeitslosigkeit zu erwarten bzw. wird die Selbstausbeutung noch größer?

Wie wird es Einrichtungen wie soziokulturellen Zentren ergehen, die eine Schnittstelle zur gesellschaftlichen Arbeit darstellen und mit sehr vielen Projekten arbeiten, beispielsweise Aktivitäten gegen Rechts, zum Teil Theaterstücke, beteiligendes Theater etc? Diese Frage würde ich gerne Herrn Schmid und Herrn Hebborn stellen, weil auch die Städte und die Länder solche Einrichtungen unterstützen und es sie dementsprechend betrifft. Bleiben soziokulturelle Zentren oder ähnliche Einrichtungen aufgrund der Freiwilligkeit der Leistungen auf der Strecke? Ich nenne nur als Beispiel meinen Landkreis, in dem es eine relativ aktive rechtsradikale Szene gibt. Deshalb versuchen wir vor Ort, mit kulturellen und sportlichen Aktivitäten entgegenzuwirken. Doch auch das muss irgendwie finanziert werden; es muss wenigstens eine Aufwandsentschädigung für denjenigen geben, der abends in der Turnhalle Aufsicht führt oder für den Hausmeister. Solche Dinge fallen dann in Zukunft weg. Ich wüsste gern, ob Sie hier schon ein paar Erfahrungen haben sammeln können. Haben Sie schon eine Übersicht, wie viele Arbeitsverhältnisse betroffen sein können, wenn man von sinkenden Einnahmen aus Zinsen in einem Rahmen zwischen 10 und 20 Prozent ausgehen muss?

Olaf Zimmermann (Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e.V.): Wir haben ja im Moment sehr aktuelle und nach meiner Einschätzung sehr valide Daten vorliegen. Es ist ja erst zwei Wochen her, dass das Bundeswirtschaftsministerium und der BKM eine Studie für den Bereich der Kulturwirtschaft vorgestellt haben, die die angesprochenen Bereiche ja mit einbezieht. Das Interessante, was dort festgestellt wurde, ist zunächst die vorhandene kleinteilige Struktur, sind die Kleinst- und Kleinstrukturen und die von Ihnen erwähnten zutiefst prekären Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse, übrigens auch in einer Zeit des Wirtschaftsaufschwungs. Als wir in anderen Bereichen Zuwächse hatten, gab es zwar im Bereich der Kulturwirtschaft einen heftigen Zuwachs an Beschäftigung und auch an Gründungen von kulturwirtschaftlichen Strukturen, aber es waren prekäre kulturwirtschaftliche Strukturen.

Deswegen halte ich die von Ihnen angedeutete Einschätzung leider für richtig, nämlich dass gerade diese Bereiche unter dem jetzt herrschenden Einbruch ganz besonders leiden werden. Selbstausbeutung geht, auch wenn man sie bis zur Grenze treibt, immer nur bis zu einem bestimmten Punkt. Irgendwann funktioniert das auch mit der Selbstausbeutung nicht mehr, weil irgendwas im Kühlschranks drin sein muss. Deswegen wäre auch meine Bitte, sich nicht nur die großen Strukturen anzuschauen, wenn sich Politik auf etwas konzentriert. Sie sind sicherlich wichtig und bedeutsam, aber sie können sich sehr oft immer noch irgendwie helfen. Es sind besonders die kleinen und Kleinststrukturen, die in Gefahr sind. Es müssen Maßnahmen getroffen werden, damit sie über diese Lücke, in die

wir alle hineinfliegen und von der wir hoffen, dass sie nicht ewig dauern, sondern wieder vorbeigehen wird, hinweg getragen werden. Es geht darum, dass sie nachher wieder einigermaßen vernünftig in der Welt existieren können.

Michael Roßnagl (Vorsitzender Arbeitskreis Kultursponsoring, Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Ich kann die Situation auch nicht besser reden. Höchstens, dass es mit dem Volunteering in Deutschland etwas gibt, das positiv aus den USA zu uns herüberschwappt. Viele Unternehmen regen ihre Mitarbeiter dazu an, sich in kulturellen und sozialen Fragen hervorzutun. So finden sich tatsächlich größere Gruppierungen zusammen und leisten unter freiwilligen Bedingungen bestimmte Dinge, die ansonsten von Eltern oder gar nicht geleistet werden. Da kommt oft nicht nur Manpower an, sondern wird zusätzlich privates Geld gespendet. Wenn man die Unternehmen im Bereich des Volunteerings unterstützen und ihre Leistung anerkennen würde, kann ich mir vorstellen, dass man damit die Situation ein klein wenig abfedern könnte, aber das Allheilmittel ist es natürlich letztendlich nicht.

Abg. Monika Griefahn (SPD): Darf ich eine Nachfrage stellen? Ich habe im letzten Jahr das Gegenteil erlebt. Sehr viele ehrenamtlich engagierte Leute wurden von ihren Unternehmen abgehalten. Ihnen wurde gesagt, das darfst Du nicht innerhalb der Arbeitszeit oder wir können Dich zu diesem Zeitpunkt nicht freistellen. Manchmal wird Druck ausgeübt. Gibt es eine Kampagne von Seiten der deutschen Wirtschaft, die Mitarbeiter und Firmen auffordert, dieses Volunteering zu unterstützen? Es gibt ja in den Unternehmen durchaus viele Engagierte, aber eben auch Probleme.

Ich nenne Ihnen ein praktisches Beispiel: Wenn ein Busunternehmen einen Bus zur Verfügung stellt, um Kinder aus Tschernobyl für einen Aufenthalt in der Heide abzuholen, dann muss auch ein Busfahrer da sein. Der Busfahrer muss freigestellt werden, ohne dass er einen Urlaubstag, den er vielleicht gar nicht mehr hat, nehmen muss. Es geht darum, so etwas zu unterstützen.

Michael Roßnagl (Vorsitzender Arbeitskreis Kultursponsoring, Kulturkreis der deutschen Wirtschaft im Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.): Das sind Dinge, die sicher im Einzelnen schwer zu klären sind. Aber ich kann sagen, dass unser Unternehmen eine ganze Kampagne aufgelegt hat, damit die Mitarbeiter freiwillig außerhalb der Arbeitszeit in dieses Volunteering gehen. Bei tausenden von Mitarbeitern sind das tausende von Freiwilligenstunden, die bereits geleistet worden sind. Das vielleicht noch besser zu propagieren oder auch die Leistung anzuerkennen wäre eine Möglichkeit. Vielleicht sollte sogar der Kulturkreis das beste Volunteering-Programm in der Industrie anerkennen. Es gibt alles Mögliche, das hier anerkannt werden könnte. Ich werde mich selbst anhalten, im Kulturkreis etwas zu tun, aber wenn von außen auch etwas Unterstützung kommt, ist das ja immer gut.

Vorsitzender: Da ich selbst in der Jury des deutschen Kulturförderpreises bin, darf ich Sie daran erinnern, Herr Roßnagl, dass dort im letzten Jahr ein sehr schönes Volunteering-Programm der Firma Mont Blanc den ersten Preis bekommen hat. Also, das ist auch Anerkennungskultur. Aber es gibt noch

die Frage an Herrn Hebborn, Sie wurden von Frau Griefahn zu den kleinen Projekten in den Kommunen angesprochen. Bitte schön.

Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, Deutscher Städtetag): Die kleinen Projekte sind ja nicht klein, weil sie irgendwie schlecht sind, sondern sie sind vor allem deshalb klein, weil sie mit relativ wenig Geld auskommen. Dieses relativ kleine Geld wird durch ehrenamtliches Engagement ergänzt, was natürlich in besonderer Weise von kommunalem Interesse ist. Deshalb sind die Kommunen gut beraten, gerade diese Programme nicht zurückzufahren. Wir haben bisher keine Informationen darüber, dass in diesem Bereich überproportional oder überhaupt gekürzt wird.

Sie haben die soziokulturellen Zentren angesprochen. Es sind gerade solche Einrichtungen, die sehr stark vor Ort, sehr stark in den Quartieren verortet sind, die daher die Grenze der Kultur überschreiten und eigentlich soziale Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, bürgerschaftliche Einrichtungen sind. Insofern liegt es im ureigensten Interesse der Kommunen, dass gerade diese Arbeit weiterläuft. Ich bin mir sicher, dass diese Arbeit auf breiter Front einigermaßen gesichert werden kann, aber garantieren kann man das natürlich nicht.

Abg. Monika Griefahn (SPD): Darf ich eine Nachfrage zur Finanzaufsicht und Kommunalaufsicht stellen? Erlaubt das denn die Kommunalaufsicht? Das ist ja immer das Problem, dass die Kommunen die Auflage bekommen, alles zu schließen. Frau Lison hat gerade bei den Bibliotheken auf das Problem aufmerksam gemacht.

Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, Deutscher Städtetag): Das ist aber nicht nur ein Sonderproblem der soziokulturellen Arbeit oder der Zentren, sondern es ist ein Problem der Kultur insgesamt. Dieser Bereich ist nicht in einer besonderen Situation, sondern das hängt letztendlich insgesamt mit der kommunalen Finanzsituation zusammen. Es geht ja darum, überhaupt einen Spielraum zur Schwerpunktsetzung zu erreichen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Hebborn. Wir kommen nun wieder zur Fraktion DIE LINKE. Frau Dr. Sitte, bitte schön. Es bleiben Ihnen vier Minuten.

Abg. Dr. Petra Sitte (DIE LINKE.): Danke schön. Hat es Cross-Border-Leasing im Kulturbereich gegeben? Wenn ja, welche Konsequenzen ergeben sich insbesondere mit Blick auf die American International Group (AIG) in den USA, die ja diese Geschäfte maßgeblich gesichert hat? Die Frage richtet sich an Herrn Zimmermann und Herrn Hebborn.

Vorsitzender: Jetzt würde ich empfehlen, dass zuerst Herr Hebborn antwortet, da er unmittelbar die Kommunen vertritt. Danach kann Herr Zimmermann vielleicht noch ergänzen.

Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, Deutscher Städtetag): Ich bekenne hier freimütig, dass ich kein Experte für Cross-Border-Leasing bin, also dazu so gut wie überhaupt

nichts sagen kann. Mir ist auch nicht bekannt, dass dieses Finanzierungsinstrument im Kulturbereich größere Verbreitung gefunden hat, sondern eher Kanalsysteme und Straßenbahnbetriebe betrifft. Meines Wissens ist das im kommunalen Bereich ein sehr kritisch diskutiertes Thema. Viele Kommunen hatten sich dadurch Handlungsspielräume erhofft, die ihnen jetzt wahrscheinlich durch das Nachschießen von Geld teilweise oder vollständig genommen werden. Das ist aber kein großes Thema in der Kultur, jedenfalls ist es mir nicht bekannt.

Vorsitzender: Herr Zimmermann, sind Sie Cross-Border-Leasing-Experte?

Olaf Zimmermann (Geschäftsführer Deutscher Kulturrat e.V.): Also, ich halte Cross-Border-Leasing für unverantwortlich, wie man ja jetzt auch sieht. Es ist letztendlich eine organisierte Verschwendung von öffentlichen Mitteln. Man sollte die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft ziehen. Ich kenne jedoch keinen einzigen Fall aus dem Kulturbereich, vielleicht werden wir gerade in diesem Bereich verschont.

Abg. Dr. Petra Sitte (DIE LINKE.): Herr Hebborn und Herr Schmid, gibt es in irgendeiner Weise eine Vereinbarung, wie man mit zwangsverwalteten Kommunen in dieser Situation umgeht? Gibt es Vereinbarungen mit den Ländern?

Vorsitzender: Herr Schmid zuerst?

Toni Schmid (Ministerialdirigent Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Vorsitzender des Kulturausschusses der Kultusministerkonferenz, KMK): Das ist mir nicht bekannt. Es gibt bei uns das Beispiel einer nordbayerischen Stadt, bei der wir als Kultusministerium oder als für die Kultur zuständiges Wissenschaftsministerium mit dem Innenministerium im Clinch liegen. Das Innenministerium untersagt uns das Fortführen der freiwilligen Leistungen, wie wir es in der Vergangenheit gemacht haben. Es empfiehlt zum Beispiel die Schließung des Theaters, der wir widersprechen. So kommt es schließlich zu Vereinbarungen, auf deren Basis wir einen Beitragssatz leisten, der über 50 Prozent liegt und das Theater eigentlich zum Staatstheater macht. Wir wissen, dass das vom Vorgehen her eher balkanisch ist. Natürlich gibt es im Kulturbereich nichts Teureres als Theater, Orchester und Oper, so dass eine Kommune mit wirtschaftlichen Problemen zuerst dorthin schauen wird. Überall dort, wo die wirtschaftlichen Probleme einer Kommune besonders groß sind, geraten natürlich das Theater oder die Oper ins Feuer. Theaterverbündete wären in vielen Fällen eine Hilfe und wir hätten gerne ein paar Verbündete, aber wir können die Leute nicht dazu zwingen. Generell ist es so, wie drei Beispielen in Bayern zeigen, dass wir mehr Zuschüsse geben, als wir eigentlich dürften oder sollten, um die Schließung ganzer Sparten zu verhindern.

Vorsitzender: Herr Hebborn, können Sie uns bestätigen, dass es balkanische Verhältnisse auch außerhalb von Bayern gibt?

Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, Deutscher Städtetag): Zunächst greift das Haushaltsrecht und dann gibt es Verhandlungen. Da es keine generellen Regelungen gibt, muss jede Stadt um jedes einzelne Objekt mit der Kommunalaufsicht kämpfen, und das ist ein zäher Kampf, den es zum Beispiel auch bei der Kulturhauptstadt Ruhr gibt. Selbst bei einem solch herausragenden Projekt haben wir diese Kämpfe.

Es hat auch schon positive Lösungen gegeben, aber es gibt kein generelles Plazet, beispielsweise die Kultur von der Haushaltssicherung auszunehmen. Insofern muss man an jeder Stelle für die Kultur gegen Streichungen kämpfen. Natürlich ist auch die Vermeidung von Schulden für die nächste Generation ein durchaus schützenswertes und erstrebenswertes Gut, das möchte ich an dieser Stelle betonen. Aber es kann natürlich nicht sein, dass die Kultur beim Sparen immer an erster Stelle genannt wird. Hier muss man zu einem vernünftigen, ausgewogenen Verhältnis kommen.

Vorsitzender: Die Erhaltung der Kultur dient auch den nachfolgenden Generationen. Zum Schluss haben wir noch vier Minuten Zeit für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, liebe Frau Kurth.

Abg. Undine Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Wir haben eben mehrfach gehört, dass investive Mittel zwar nicht alles sind, ihr Vorhandensein aber trotzdem gut ist. Das Konjunkturpaket kann sie bereitstellen, worum man sich dann sehr kümmern muss. Das ist alles richtig. Aber, Herr Hebborn, gibt es die Situation, dass investive Mittel gar nicht in Anspruch genommen werden können, weil die Kommunen nicht in der Lage sind, die damit verbundenen Maßnahmen personell umzusetzen? Dass die Bauämter nicht ordentlich ausgestattet sind? Oder dass andere Ämter, die für die Einwerbung dieser Mittel unabdingbar notwendig sind, nicht schnell genug arbeitsfähig werden? Und wenn das so ist, was kann man dagegen unternehmen?

Vorsitzender: Herr Hebborn, Sie sind heute sehr gefragt.

Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, Deutscher Städtetag): Die Verwaltungen unserer Mitgliedsstädte arbeiten alle vorbildlich und sind auch personell qualifiziert.

Abg. Undine Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da muss ich gleich klarstellen, dass ich das auch nicht meinte. Ich gehe nicht davon aus, dass sie nicht ordentlich arbeiten.

Klaus Hebborn (Beigeordneter für Bildung, Kultur und Sport, Deutscher Städtetag): Sie zahlen auch pünktlich ihre Beiträge an ihren kommunalen Spitzenverband. Man braucht kein Prophet zu sein, um zu sehen, dass wir in zeitliche Probleme geraten, weil die Abwicklung dieses Programms nicht in so kurzen Zeiträumen möglich sein wird, wie man sich das vorstellt. Ich erinnere daran, dass bis Ende des Jahres schon über die Hälfte der Mittel ausgegeben sein soll. Man muss Ausschreibungen vorbereiten und ordentliche Vergabeverfahren, die auch den rechtlichen Gepflogenheiten standhalten, man muss planen. Auch wenn viele Kommunen zahlreiche Pläne in der Schublade haben, wird das ein schwieriges Unterfangen und entsprechend intensiv wird daran im Moment gearbeitet.

Dass die Inanspruchnahme der Mittel an der Ausstattung der Kommunalverwaltungen scheitert, das kann ich mir nicht vorstellen. Jede Kommune wird aus eigenem Interesse die ihr zugesprochenen Gelder entsprechend einsetzen. Keine Kommune kann es sich leisten, dies mit der Begründung abzulehnen, sie könne das Programm nicht umsetzen. Das wird vor Ort politisch überhaupt nicht akzeptiert. Ob das Programm zeitlich wie vorgesehen abgewickelt wird, möchte ich allerdings bezweifeln, weshalb ich noch einmal die Bitte nach einer unbürokratischen und offenen Gestaltung erneuere, damit wir die Mittel in den Kommunen einsetzen können.

Vorsitzender: Ich möchte, meine Damen und Herren, mit einem Zitat des Direktors des MoMA, des Museum of Modern Art in New York, Glenn D. Lowry schließen, der im Zusammenhang mit den Auswirkungen der Finanzkrise auf den Kulturbereich kürzlich Folgendes gesagt hat: „Wir wissen, dass ein Sturm über das Meer zieht und dass er auf das Land treffen wird. Wir wissen nur noch nicht, wie schlimm es sein wird und wann er kommt.“ Sie, meine Dame und meine Herren Sachverständigen, haben uns den Sturm leider auch nicht nehmen können, aber Sie haben mit Ihren Antworten ein bisschen dazu beitragen können, dass wir uns sturmfest machen können. Denn das ist jetzt unsere Aufgabe.

Wir wissen, dass wir im Moment in einer noch relativ stabilen Situation sind, wir wissen aber auch, und das bestätigen alle, dass spätestens im Jahr 2010 der Sturm über einige Kulturinstitutionen – über die einen mehr, über die anderen weniger – hinweg ziehen wird. Es ist unser aller Aufgabe, der Länder, der Kommunen und auch des Bundes, die Kulturinstitutionen sturmfest zu machen. Da dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben, so kompetent Ihre Beiträge waren, haben Sie uns doch auch deutlich gemacht, dass wir hier vor einem großen Problem stehen.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen, bei Herrn Hebborn, bei Herrn Dr. Krull, bei Frau Lison, bei Herrn Roßnagl, bei Herrn Schmid und bei Herrn Zimmermann, dass Sie uns Ihr Wissen und Ihre Zeit geschenkt haben. Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die Fragen. Ich bedanke mich bei den Gästen für ihre Geduld. Und ich wünsche Ihnen allen noch einen schönen und hoffentlich kulturvollen Abend. Herzlichen Dank.

Schluss der Sitzung: 17:50 Uhr